

# diálogo social

Año XIII, Panamá, mayo No. 123

0.50

ROYO:  
CUIDADO CON  
LOS DERECHOS  
DEL OBRERO

TAMPAQUE  
REINTEGRACION  
(Código de Admisión 2728)

Panamá No. 8-90  
Calle Panamá y  
Calle 100 1000  
Código Postal 0813-0000

Caja Abierta Admisión  
Código: Panamá 2711-24  
Calle Panamá y Calle  
1000 1000  
Código Postal  
0813-0000

Por correo aéreo pagar  
con un sobre adicional  
CÓDIGO AEREO  
TEL. 244071

Subscriptor: \_\_\_\_\_  
Apartado Postal \_\_\_\_\_ Zona Postal \_\_\_\_\_  
Calle \_\_\_\_\_  
Ciudad \_\_\_\_\_ País \_\_\_\_\_  
Código/Zona \_\_\_\_\_ Teléfono \_\_\_\_\_

diálogo social  
diálogo social  
diálogo social

Envíe este cupón y el cheque correspondiente a:  
Revista DIALOGO SOCIAL - Apartado 9A-192 - PANAMA Tel.: 26-6971

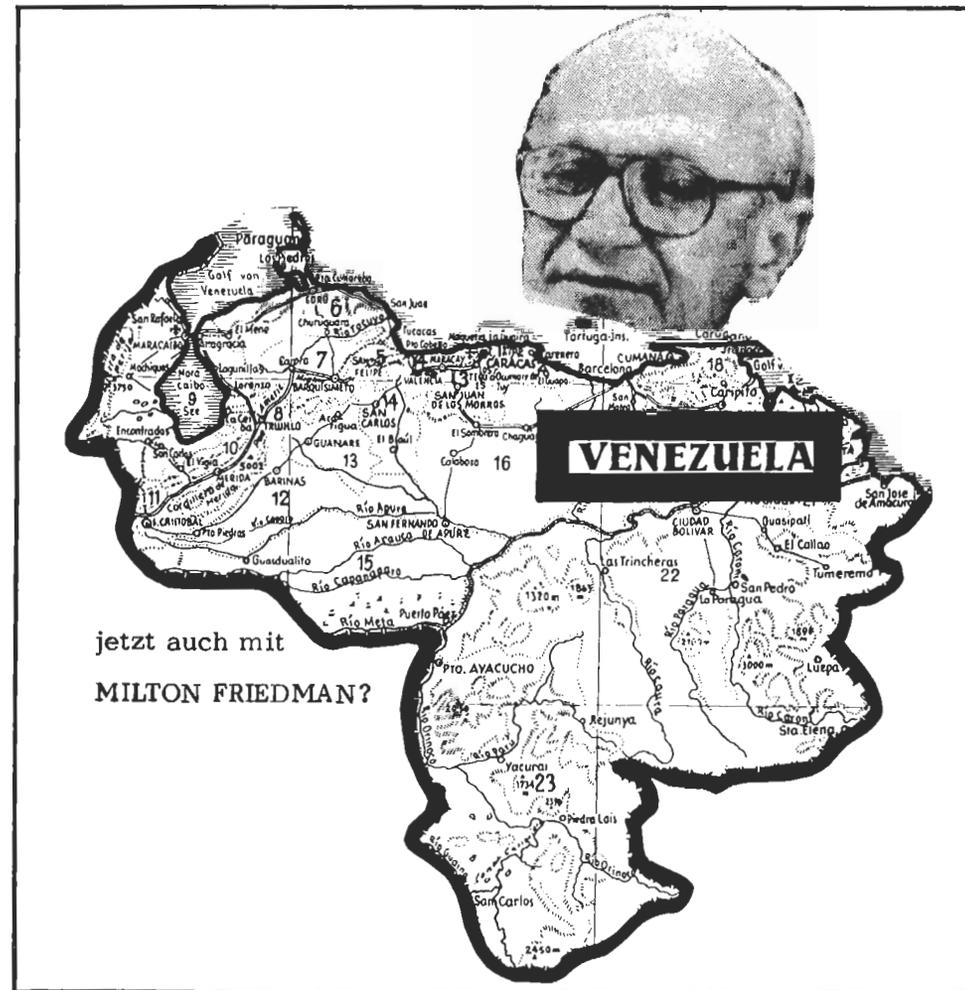
# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 83

7. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Juli 1980

Soldartätspreis DM 3,—



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

**BOLIVIEN:** Neuer Putsch? — **EL SALVADOR:** Verdeckter Rechtsruck — **ECUADOR:** Der Kampf der Shuar-Indianer — **BONN:** Besuch aus Lateinamerika



## SÜDAMERIKA

Für den Aufbau eines **Polizeimusikkorps** in Südamerika wird

## Militär-/Polizei- Musikmeister

gesucht. Für diese Aufgabe ist ein hochqualifizierter Fachmann erforderlich, der das bereits existente Korps in der Richtung deutsche und internationale Marschmusik weiter ausbildet und im weiteren Verlauf zu einer Big-Band formt.

Die Altersvorstellung der Auftraggeber liegt bis zu 58 Jahren.

Die vertraglichen Konditionen sind äußerst reizvoll.

- Jahresgehalt ca. DM 80 000,-
- Übernahme der Flugkosten, auch für die Ehefrau
- 3-Jahres-Vertrag mit Optionsmöglichkeit für Verlängerung um weitere 3 Jahre
- modernes mietfreies Haus mit Personal
- Dienstwagen mit Fahrer

Mit Entgegennahme der Bewerbungen, einschließlich Qualifikationsnachweis, wurde das Büro

**E. A. Karbowski, Rüttenscheider Str. 67,  
4300 Essen 1**

beauftragt. Nur schriftliche Bewerbungen werden berücksichtigt. Absolute Diskretion ist selbstverständlich.

Aus der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 31.3.80

# ARGENTINIEN

## Martinez de Hoz in Bonn

Dies ist kein Lichtbild, sondern ein Nichtbild. Es kam zustande, oder besser gesagt: es kam nicht zustande, als Fotografen und Fernsehleute am 3. Juni 1980 versuchten, den Besuch des argentinischen Wirtschaftsministers José Alfredo Martínez de Hoz bei Bundespräsident Carstens und bei Bundeskanzler Schmidt mit ihren Mitteln für die Nachwelt festzuhalten. Sie erhielten zeitweiliges Berufsverbot. Präsident und Kanzler wollten nicht im gemütlichen Plausch Seite an Seite mit "Langohr" Martínez de Hoz erwischet werden. Das wäre einfach zu peinlich. Über die Gespräche wurde der Presse sogar lediglich mitgeteilt, daß der Bundeskanzler "von sich aus" das Thema Menschenrechte angesprochen habe.

Auch Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff, der, wenn es um die Prinzipien der freien Marktwirtschaft geht, keinerlei Peinlichkeit scheut ( und zum Beispiel einer der letzten Besucher beim Schah in Teheran war ), legte natürlich Wert auf die Feststellung, daß er das Thema Menschenrechte angesprochen habe, als er Martínez de Hoz empfing. Das hatte er auch bereits vor einigen Wochen getan, als er in Buenos Aires von Präsident Videla empfangen worden war. Seitdem ist keiner der Verschwundenen in Argentinien wieder aufgetaucht, kein politischer Gefangener entlassen worden. Es ändert sich nichts, aber man trifft sich immer wieder, und die deutsche Seite spricht das Thema Menschenrechte immer wieder an. Von sich aus selbstverständlich. Man entwickelt Routine.

Trotzdem muß man es schon als Sieg feiern, daß die unbeirrbare Arbeit der Solidaritätsbewegung und von Amnesty International wenigstens dazu geführt haben, daß sich die Spitzen des westdeutschen Staates wenigstens schämen, wenn sie mit dem wichtigsten Repräsentanten der argentinischen Militärdiktatur zusammentreffen. Es gibt andere Staaten, deren Repräsentanten aus ihren guten Beziehungen zu den argentinischen Militärs keinerlei Hehl machen. Dazu gehört leider auch die Sowjet-Union.

In Wirklichkeit sind die wirtschaftlichen und geschäftlichen Beziehungen so gut, daß man gar nicht viel zu bereden hatte. Das große Atomgeschäft, der Verkauf des Schwerwasserreaktors Atucha II war praktisch bereits "unter Dach und Fach", obwohl Argentinien den Atomsperrvertrag von 1970 nach wie vor nicht unter-

zeichnet. Aber wo die Kraftwerksunion ( KWU ) ein Geschäft machen kann, wird das deutsche Wirtschaftsministerium immer noch Mittel und Wege finden, sich an eventuellen politischen Hindernissen vorbeizumogeln.

Martínez de Hoz ist nicht irgendein untergeordneter Funktionär der argentinischen Militärs. Er symbolisiert vielmehr in geradezu idealtypischer Form die der Militärdiktatur zugrundeliegende Klassenallianz. Er ist Großgrundbesitzer und Industrieller zugleich. Vor seinem Amtsantritt gleich nach dem Militärputsch vom 24. März 1976 war er Direktor des großen Stahlkonzerns ACINDAR, Mitglied des Direktoriums der Western Telegraph und der Panamerican Airways und Direktor des Elektrizitätskonzerns CIADE und verfügte über enge Beziehungen zu US Steel, TTT und General Electric. Seine Politik bestand im wesentlichen darin, alle Eingriffe des Staates in die Wirtschaft abzubauen, alles der Privatinitiative zu überlassen und Argentinien zu einem Tummelplatz des ausländischen Kapitals zu machen. Die durchschnittlichen Reallöhne wurden mit Hilfe dieses Programms so weit gesenkt, daß sie noch heute um rund vierzig Prozent niedriger liegen als vor 1976.

Jedem, der es hören will, erklärt Martínez de Hoz, wie dankbar er den argentinischen Militärs ist, daß sie für die "politische Stabilität" gesorgt haben, ohne die die Durchführung seines ultra-liberalen Wirtschaftsprogramms nicht denkbar gewesen wäre. ( Vergleiche Le Monde vom 30. Mai 1980 ). Daß diese "politische Stabilität" Tausende von Toten, Tausende von Verschwundenen, Tausende von politischen Gefangenen und Tausende von Exilierten und die Unterdrückung fast aller politischen und gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten bedeutet hat, ist dabei eine Sache, die ihn selbst als Wirtschaftsfachmann nicht weiter berührt. Natürlich wird er in allen - fotografierten und nicht fotografierten - Gesprächen versichern, daß er sich für die Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen und für die volle Wiederherstellung der Menschenrechte einsetzen werde. Das ist die andere Seite der Routine.

Besonders bedauerlich bleibt, daß die Bundesregierung nicht einmal das Schicksal von Deutschen und deutschstämmigen Argentinern zum Anlaß nimmt, auch nur ähnliche Schritte in Erwägung zu ziehen, wie sie heute gegenüber dem Iran wegen amerikanischer Geiseln unternommen werden. Amnesty International hat anlässlich des Besuches von Martínez de Hoz noch einmal alle deutschen und deutschstämmigen Opfer der Militärdiktatur auf einer Liste genannt, die wir hier wiedergeben.

Ermordet wurde Elisabeth Käsemann aus Tübingen.

Verschwunden sind folgende 20 Personen:

Gerardo Coltzau	Guillermo D. Ritter	Carlos Weber
Feter Falk	Federico J. Tatter	Jorge A. Leichner
Fernando Hallgarten	Rolf Stawowlak	Alberto Düringen
Marlene Kegler-Krug	Marcelo Weisz	Patricio Biedma-
Dr. Roger Kramer	Máximo R. Wettengel	Schadewaldt
Federico Luedden	Klaus Zieschank	Walter Rosenfeld
Leonore G. Marx	Nicolás O. Schwarz	Juan Thanhauser

In keinem Fall ist es der Bundesregierung gelungen, das Schicksal eines Verschwundenen aufzuklären.

Außerdem gibt es noch fünf Personen, die offiziell verhaftet sind:

Ernst Eugen Müller	Hans Emil Scherzer	Rudolf Stalzer
Gerardo R. Otto	Pedro Schimpfle	

Die Namen von zwei weiteren politischen Gefangenen sind dem Auswärtigen Amt bekannt.

Quellen: ai, SZ, FR, taz, DIE NEUE, Le Monde, Handelsblatt.

## MEXIKO

### Lopez Portillo in der BRD

Der Präsident von Mexiko kam nach Europa, um die Beziehungen 'auszubauen' mit den imperialistischen Regierungen von Frankreich, Bundesrepublik Deutschland und Schweden. Er unterzeichnete Verträge für Kooperation und technologische Hilfe (AKW's) sowie ökonomische Unterstützung, deren mögliche Nutzniesser wenn überhaupt, bestimmt nicht die marginalisierte, ausgebeutete und unterbeschäftigte Mehrheit des mexikanischen Volkes sein dürfte. Im Gegenteil, diese Initiative verschärft zunehmend die bereits bedrohliche Lage von Millionen von Mexikanern.

Das Interesse der Herrschaften aus Mexiko in Bonn lag vorwiegend an der harten DM, also mehr deutsche Investitionen. Wie an einen Winterschlussverkauf erinnern die Angebote: Beteiligung des deutschen Kapitals bei dem Ausbau der deutsch-mexikanischen Wirtschaftsbeziehungen und industrielle Zusammenarbeit im Fernmeldewesen, der Stahlproduktion, des Hafenausbaus und der Mineralöl-Verarbeitung etc. Vor dem Deutschen Industrie- und Handeltage sprach Portillo Klartext: "Hohe Einnahmen aus einer gesteigerten Oelförderung würde der breiten Bevölkerung seines Landes nicht nutzen. ... Es wäre absurd, die Oelförderung dermaßen zu steigern, sodass Mexiko eines Tages zum Kapitalexporteur würde" (TSP 21.5.80). Anschliessend meinte Portillo, wäre die mexikanische Oelgesellschaft bereit, im Rahmen eines Weltenergieplanes die Oelproduktion auszuweiten. Angesichts der von Portillo benannten Sinnlosigkeit der Produktionssteigerung für das mexikanische Volk stellt diese angedeutete Konzession einen deutlichen Kniefall vor den europäischen Geldgebern dar. Ein Kurzbesuch bei den VW-Werken Wolfsburg zeigen die Beziehungen BRD-Mexiko ebenfalls. Schmücker (VW-Vorstandsvorsitzender) lobte die Volkswagen de Mexico in Puebla, dass es "nach 16jährigem Bestehen zu einem Unternehmen mexikanischer Prägung geworden" ist, doch gleichzeitig weist er darauf hin, dass die VW-Mexiko "ein Teil des mit einem internationalen Produktions- und Lieferverbund operierenden VW-Konzerns" ist (TSP 22.5.80). D.h., deutsche Investitionen bleiben in deutschen Händen.

Die Prostituirung der mexikanischen Wirtschaft durch ihre Oligarchie verschafte der mexikanischen Wirtschaft 300 Millionen US-Dollar von deutschen Handelsbanken und den Herrschaften viele Freunde, aber nicht dem mexikanischen Volk.

# BOLIVIEN

## Wahlen und/oder Putsch???

Zum 3. Male seit dem Sturz der Banzer-Diktatur im Jahre 1978 soll die bolivianische Bevölkerung an die Wahlurnen, damit sich endlich eine dauerhafte Regierung konstituieren kann. Daß dieses Ziel durch die auf d. 29. 6. festgelegten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen erreicht werden kann, mag niemand mehr so richtig glauben. Die Erfahrungen seit Juli letzten Jahres - Wahlmanipulationen, Gerangel um die Präsidentschaft, Novemberputsch und die nicht endenwollende Putschgefahr durch ultrarechte Militärs - haben die Bevölkerung mehr denn je mobilisiert, aber dennoch muß mit einer allgemeinen Wahlmüdigkeit gerechnet werden.

Unsicher ist auch, ob die Wahlen überhaupt stattfinden, oder ob die reaktionären Generäle um García Meza - Oberbefehlshaber des Heeres - den seit Monaten erwarteten Putsch nun doch vor dem 29. wagen werden. Das Zünglein an der Waage könnten die USA sein, deren Botschafter Marvin Weissman dem blut- und machtrünstigen Meza für einen solchen Fall die Streichung der gesamten Wirtschaftshilfe zusagte. Außer sich vor Wut, erklärte Meza den Botschafter zur "persona non grata", um ihn zur Ausreise zu zwingen.

Die Parteienlandschaft, ein fast unüberblickbarer Dschungel, hat sich zahlenmäßig um einige Neuformierungen und Spaltungen bereichert. Die alte Frage, ob die Parteien die Fraktionierung der bolivianischen Gesellschaft widerspiegeln oder diese forcieren, bleibt aktuell wie eh und je.

### Wahlbündnisse

Das Zustandekommen von Wahlbündnissen und -fronten ist in Bolivien eine (lange) komplizierte Geschichte und kann vom bundesrepublikanischen Beobachter kaum nachvollzogen werden. An dieser Stelle sollen deshalb nur die wichtigsten erläutert werden.

### Die Demokratische Volksunion (UDP)

Die UDP, die schon die beiden letzten Wahlen gewonnen hatte, aber nicht an die Regierung kam, gilt auch diesmal wieder als aussichtsreichstes Bündnis. In ihr sind verschiedene linke Parteien: MNRI, MIR, PC als wichtigste; MPLN, POR-Flügel und ein Teil der Indiobewegung Tupac Katari. (1). Zusammen repräsentieren sie einen großen Teil der Bevölkerung: Minen-, Fabrik-, Landarbeiter,

verarmte städtische Mittelklassen, einen Teil der Bauern und Teile des in Ansätzen bestehenden nationalen Kleinunternehmertums. Die Bandbreite der UDP zeigt den ihr immanenten Konfliktstoff. Ihr Präsidentschaftskandidat blieb der populäre Hernán Siles Zuazo (MNRI) zusammen mit Jaime Paz Zamora (MIR), der nur knapp einem Mordanschlag entkommen konnte und nun aufgrund seiner schweren Verletzungen für den Wahlkampf ausfällt.

### Die Sozialistische Partei (PS-1)

Die kleine PS-1, deren Führer und Präsidentschaftskandidat Marcelo Quiroga Santa Cruz, aufgrund seiner Anklage gegen Banzer von den Rechten gleich gehaßt wie gefürchtet ist, hat bereits bei den letzten Wahlen überraschend gut abgeschnitten (8%). Diese Partei könnte auch diesmal mit Zuwachs rechnen. Ihr Programm ist linksradikal und will eine sozialistische Alternative anbieten. Jene fortschrittlichen Kräfte, die sich von der UDP nicht vertreten fühlen, sind die potentiellen Wähler der PS-1, zumal sich diese auch als Repräsentant von Fabrik- und Landarbeitern versteht. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Parteibasis vorwiegend aus Intellektuellen zusammensetzt. Ein weiterer Pluspunkt liegt darin, daß sich die PS-1 bisher nicht durch Korruption bekannt gemacht, sondern sie aufgedeckt und angeklagt hat.

Im linken Lager war außerdem die PRIN-Allianz (2) mit dem Gewerkschaftsführer Lechín O. als Präsidentschaftskandidat und Aníbal Aguilar P. als Vize vertreten. Unter dem Druck der politischen Ereignisse und vermutlich auch aus taktischen Gründen haben sie ihre Kandidatur zurückgezogen.

### Neue Alternative (Nueva Alternativa, N.A.)

Der Halbbruder von Siles Zuazo, Luis A. Siles Salinas, ist entgegen allen Hoffnungen nicht in die UDP eingetreten, sondern hat sich zusammen mit dem linken Flügel der Christdemokraten in der Neuen Alternative zusammengeschlossen. Sein Vize ist das PCD-Mitglied Benjamin Miguel. Der rechte Flügel der Christdemokraten, der bei den letzten Wahlen mit Luis Ossio S. den Vizekandidaten für Paz Estenssoro stellte, ist damit vorläufig ausgeschaltet. Die Neue Alternative kann dem Zentrum zugerechnet werden.

### Paz Estenssoro und die MNR

Mit am spannensten bei den diesjährigen Wahlen dürfte die Rolle von Paz Estenssoro sein. Daß er am Novemberputsch mitmachte und sich dann distanzierte, als er die aussichtslose Lage von Natusch B. einsah, hat ihm nicht nur von Seiten des Militärs den Vorwurf des Verrats eingebracht. Wie sich der kaltblütige und herrschsüchtige Taktiker diesmal an die Macht mogeln will, ist noch nicht eindeutig erkennbar. In seinem Vizekandidaten Nuflo Chavez hat er einen abtrünnigen Siles Zuazo-Anhänger gefunden, mit dessen Hilfe er sich wieder ein linkes Image verschaffen will. Hinter Paz E. stehen die Interessen der Handels- und neu entstandenen Bergbau-bourgeoisie und der besser gestellten städtischen Mittelklasse. Ferner jene korrupte Teile des Beamtentums, die sich in den Jahren seiner Regierungszeit kräftig bereicherten. Traurigerweise auch jener Teil der Bauernschaft, die in ihrer Unaufgeklärtheit in ihm immer noch den Revolutionshelden von 1952 sehen und ihn mit der Agrarreform verbinden.

## Banzers National-Demokratische Aktion (ADN)

Wer Assoziationen hat beim Anblick des bolivianischen Stimmzettels (schwarz-rot-weiß für Banzers ADN!) braucht diese nicht zu unterdrücken. Wohl hat der Ex-Diktator seine Bluthund-Kleider gewechselt (andere ziehen sie jetzt für ihn an), aber die Interessen, die er vertritt, sind dieselben geblieben. Als Repräsentant der mit dem ausländischen Kapital liierten Großbourgeoisie, Importeure von Luxusgütern und der agroindustriellen Bourgeoisie des Ostens, ist sein Wahlkampf finanziell gut abgesichert. Unterstützung hat er auch von Teilen der Armee, den Kokain-Produzenten und -Exporteuren, den großen Schmugglern und Schwarzmarkthändlern, Grundstücksspekulanten, kurz von all jenen, die einen wirtschaftlichen Aufschwung Boliviens verhindern.

Auf dem äußersten rechten Flügel sind neben der ADN auch die Falange vertreten (FSB), diesesmal mit Carlos Valverde Barberi, einem früheren Banzerminister und Vertreter der Agroindustrie von Santa Cruz. Er befindet sich zur Zeit mit seinesgleichen im Hungerstreik, weil die Präsidentin L. Gueiler den US-Botschafter nicht ausweist.

Die Liste der sich zur Wahl stellenden Parteien und Bündnisse ist noch um einiges länger. Mit 12 Präsidentschaftskandidaten und 18 Fronten hat sie einen Höhepunkt erreicht.

Alleine von der Indiobewegung Tupac Katari stellen sich 5 (!) als die alleinigen Vertreter der indianischen Bauern dar. Ihre politische Einordnung ist ungeheuer schwierig, da sie erst in jüngster Zeit aus den verschiedenen Spaltungen hervorgegangen sind. Allgemein wirft man ihnen vor, aus der Klassenfrage eine Rassenfrage zu machen; man sollte jedoch auch im Auge behalten, daß die Rassenfrage in Bolivien mit der Klassenfrage eng zusammenhängt.

An dieser Stelle soll nicht näher auf die Wahlbündnisse eingegangen werden, sondern vielmehr auf die Stimmung im Lande, in der der Wahlkampf stattfindet.



## Ein verrückter General

Seit dem Novemberputsch war Bolivien für die bundesdeutsche Presse kaum mehr existent. Jetzt, kurz vor den Wahlen, hat sich das geändert. Die extra zu diesem Anlaß angerasteten Journalisten müssen selber mitansehen, wie ein verrückt gewordener General eine ganze Nation terrorisiert. Und über den Geisteszustand von Garcia Meza ist sich selbst die bürgerliche Presse einig. Allerdings gibt das wenig Anlaß zu einem spöttischen Lächeln, sind doch die Folgen, die sich daraus für Bolivien ergeben insgesamt jetzt schon katastrophal und in ihrem ganzen Ausmaß noch gar nicht überschaubar. Die Gerüchte über einen anstehenden Putsch hängen zwar seit dem Amtsantritt von Garcia Meza (Als Oberbefehlshaber des Heeres) wie ein Damoklesschwert über Bolivien, aber momentan scheint die Lage erster denn je zu sein. Angst und Chaos sind die Folgen der von einem Teil der Militärs direkt und indirekt ausgeübten Repression. Wenn dieses Heft bei seinen Lesern ankommt steht Bolivien vielleicht schon am Rande eines Bürgerkriegs. Die Prognosen sind alle düster. Das militärische Oberkommando hat die Verschiebung der Wahlen um mindestens 1 Jahr gefordert, mit der Begründung, daß das Land Zeit braucht, um den Demokratisierungsprozeß neu zu organisieren. Damit könnte gemeint sein, daß die Militärs selber noch Zeit brauchen, um zu einer einheitlichen Politik zu kommen. Andererseits kann es auch darauf hinweisen, daß die Militärs heute schon entschlossen sind, das Wahlergebnis nicht anzuerkennen. Besonders der Wahlkampf der UDP wird stark behindert. Einig sind sich Beobachter, daß ein kürzlich abgestürztes UDP-Wahlflugzeug kein Unfall, sondern ein politisches Attentat war. Die Kandidaten der UDP sollten beide in diesem Flugzeug zu einer Wahlveranstaltung fliegen. Siles Zuazo war im letzten Moment verhindert und Jaime Paz gelang es wie durch ein Wunder, bei der Notlandung aus dem fliegenden Flugzeug zu springen. Er liegt schwer verletzt in einem US-Krankenhaus. Fünf führende Mitglieder der UDP und der Pilot kamen bei dem Anschlag ums Leben. Den Militärs scheint es ernst zu sein mit ihrer Putschandrohung im Falle eines erneuten UDP-Sieges.

In La Paz und Cochabamba wurden in den letzten Nächten Bombenanschläge verübt, die beachtliche Sachschäden anrichteten; außerdem wird die Bevölkerung durch nächtliche Schießereien aufgeschreckt. Alles eindeutige Anzeichen der Einschüchterung. Viele Politiker und fortschrittliche Leute trauen sich schon seit längerem nicht mehr, in ihren Wohnungen zu schlafen. Abgeordnete, die im Untersuchungsausschuß gegen Banzer aktiv sind, hat G. Meza angedroht, sie wegen Beleidigung der Streitkräfte vor ein Militärgericht zu stellen.

Wegen dem Konflikt zwischen M. Weissman und G. Meza sollte ein Attentat auf die US-Botschaft verübt werden. Die Sprengstoffpakete wurden entdeckt und der Anschlag vereitelt. Auch die ultra-konservative Falange hat dazu aufgerufen, Weissman auszuweisen, weil er die Wahlen verteidigt hat. Das 2. Armeekorps in Santa Cruz, bekannt für seine reaktionären Kommandeure, erklärte den Ausnahmezustand bis Weissman ausgereist sei. Die einzige, die die Ausweisung des Botschafters veranlassen könnte, ist die Interimspräsidentin L. Gueiler. Sie wurde vor wenigen Tagen von dem Kommandeur des für ihre Sicherheit zuständigen Regiments (!) bedroht. Oberst Carlos Estrada wollte in betrunkenem Zustand in die Privaträume der Präsidentin eindringen, um sie mit der Waffe zum Rücktritt zu zwingen.

Die Präsidentin hat aber eindeutig erklären lassen, daß sie nicht vorzeitig zurücktreten wird und daß ihre Regierung trotz aller

Drohungen und Ultimaten von Seiten der Militärs am Wahltermin festhalten wird.

- (1) MNRI: Linke National-Revolutionäre Bewegung  
 MIR: Bewegung der Revolutionären Linken  
 PC: Kommunistische Partei (Moskau)  
 POR: Revolutionäre Arbeiterpartei (trozkistisch)  
 MPLN: Bewegung für die Nationale Befreiung. Nachfolgeorganisation der Guerilla.
- (2) PRIN-Allianz: Zusammenschluß kleiner linker Parteien mit gewerkschaftlicher Orientierung

Quellen: Presencia, Süddeutsche Zeitung, SAGO, Frankfurter Allgemeine, Coyuntura.

#### AUFRUF

In Anbetracht dieser Situation fordern wir alle Bolivieninteressierten, Gruppen, Organisationen etc. im Falle eines Putsches auf, sofort ein Telegramm, Telex oder einen Brief an folgende Adressen zu schicken:

Presidencia de la República  
 Palacio de Gobierno, La Paz - Bolivia

Kopien an:

Presencia, Edificio Esperanca, La Paz - Bolivia  
 Asamblea permanente de los derechos humanos  
 Casilla 8678, La Paz - Bolivia  
 Radio Fides, Casilla 6111, La Paz - Bolivia  
 IPE - Informaciones de Prensa especial  
 Casilla 2484, La Paz - Bolivia

Textvorschlag:

Profundamente conmovidos por el brutal golpe de estado que suspende el proceso de democratización transmitimos nuestra máxima indignación y afirmamos nuestra más grande solidaridad con la resistencia del pueblo de Bolivia en su lucha por las libertades democráticas.

Übersetzung: Zutiefst empört über den brutalen Staatsstreich, der den Demokratisierungsprozeß unterbricht, bekunden wir unsere Abscheu und bekräftigen unsere starke Solidarität mit dem Widerstand des bolivianischen Volkes im Kampf um die demokratische Freiheit.

Wir halten eine solche internationale Aktion der Solidarität für notwendig, hoffen aber gleichzeitig, daß sie nicht nötig sein wird.

## EL SALVADOR

### Das Ergebnis der Putschversuche

Im letzten Monat versuchten zwei entgegengesetzte Gruppierungen innerhalb der salvadorianischen Armee, die bestehende Regierungsjunta zu stürzen oder zumindest umzubilden. Obwohl beide Versuche scheiterten, führten sie doch zu wichtigen Änderungen der Machtstrukturen und der künftigen politischen Ziele der Junta.

Die eine Fraktion, die von den Großgrundbesitzern und Unternehmern des Landes mit 20 Millionen US-Dollar unterstützt wird, besteht aus der alten Garde der Militärs, aber auch aus unzufriedenen jüngeren Offizieren, die auf eine Rückkehr General Romeros hoffen. Ihr Ziel ist es, jedwede Reform zu verhindern, weitere Reformpläne abzublocken und die oppositionellen Kräfte des Volkes "unschädlich" zu machen. Insbesondere reformfreundige Regierungsmitglieder wie Oberst Majano sollten kaltgestellt werden.

Herausragender Vertreter dieser Gruppe ist Major d' Abuison, der durch seine gute Zusammenarbeit mit rechten Terrorgruppen bekannt geworden ist. - In Videobändern, die er von Guatemala aus an viele Kasernen schickte, und die dort von rechten Zirkeln regelmäßig abgehört und befolgt wurden, rief er für den 4. Mai zum Putsch gegen die gesamte Militärführung und die Regierungsjunta auf. Der Plan war jedoch auch Regierungsstellen zu Ohren gekommen, und die aufständischen Militärs wurden rechtzeitig festgenommen.

Am 7. Mai wurde auch Major d' Abuison in Santa Tecla nahe der Hauptstadt bei einem Treffen mit anderen rechten Militärs gefaßt, auf dem weitere Putschpläne besprochen werden sollten. Oberst Majano hatte einen Trupp geschickt.

Diese Gefangennahme löste ein absurdes Theater vor der US-Botschaft in San Salvador aus: ehrwürdige Männer aus der Oligarchie riefen "White, go home" durchs Megaphon; Damen aus der besseren Gesellschaft forderten die Befreiung ihrer "vermißten" Söhne und pochten auf die Einhaltung der Menschenrechte; es kam sogar zu einem Hungerstreik; Todesfälle sind in diesem Zusammenhang allerdings nicht bekannt geworden. Der US-Botschafter zog sich zunächst in sein gut abgeschirmtes Bauwerk zurück, aus dem er schließlich durch US-Marineneinheiten befreit wurde. Die salvadorianische Armee hatte nicht eingegriffen.

D'Abuison selbst behauptete, an der gesamten Verschwörung gar nicht beteiligt gewesen zu sein und forderte gleichzeitig vom Gefängnis aus, anstelle von Oberst Majano selbst in die Junta aufgenommen zu werden.

Der Unmut der Rechten gegenüber Botschafter White war nicht unbegründet: dieser hatte nämlich Vorbereitungen für einen Putsch gegen die Junta durch deren Mitglied Oberst Majano unterstützt, der die Politik der Regierung auf den im Oktober letzten Jahres angekündigten Reformkurs bringen wollte und auch Gespräche mit den Volksorganisationen befürwortete. D'Abuison griff Majano deshalb offen als

Mitglied einer linken Guerrillagruppe und geheimen Kommunisten in der Junta an. Die linke Zeitung "El Independiente" forderte Majano vehement zu einem Putsch auf, der eine Regierung durch Vertreter der Volksorganisationen ermöglichen sollte.

Majano versuchte tatsächlich auch durch einen Putsch die Regierung wieder auf Reformkurs zu bringen und wurde darufhin von Militärs verhaftet, die seine Ablösung aus der Armeeführung und der Junta forderten. Dies verhinderten die vier verbliebenen christdemokratischen Regierungsmitglieder, die für den Fall eines Ausscheidens Majanos aus der Junta ihren Rücktritt androhten, was die Militärs sich wegen des Ansehens der PDC in einigen Nachbarländern, Venezuela und Mexiko nicht leisten konnten. Gutiérrez versicherte, daß ein Rechtsruck in der Regierung automatisch zu einem Bürgerkrieg führen würde. Eine Einbindung Majanos in die Regierungsgeschäfte bleibt also unvermeidlich.

Bei einer Abstimmung innerhalb des Militärrats COPEPA ergab sich eine Mehrheit von über 60% für Oberst Gutiérrez als neuen alleinigen Oberbefehlshaber, während sich immerhin fast 30% für Majano aussprachen. Majano ist damit in seiner Funktion als Juntamitglied gleichberechtigter Befehlshaber, während Gutiérrez jetzt eindeutig die Macht im Staat hat, da er Oberster Befehlshaber der Armee und des Sicherheitsdienstes ist.

Die starken Männer neben ihm sind Duarte und Verteidigungsminister García. Dagegen hat Majano an Einfluß verloren, und Ende Mai wurden auch die Jungen Militärs, die im Oktober letzten Jahres den Putsch durchgeführt hatten, weiter entmacht.

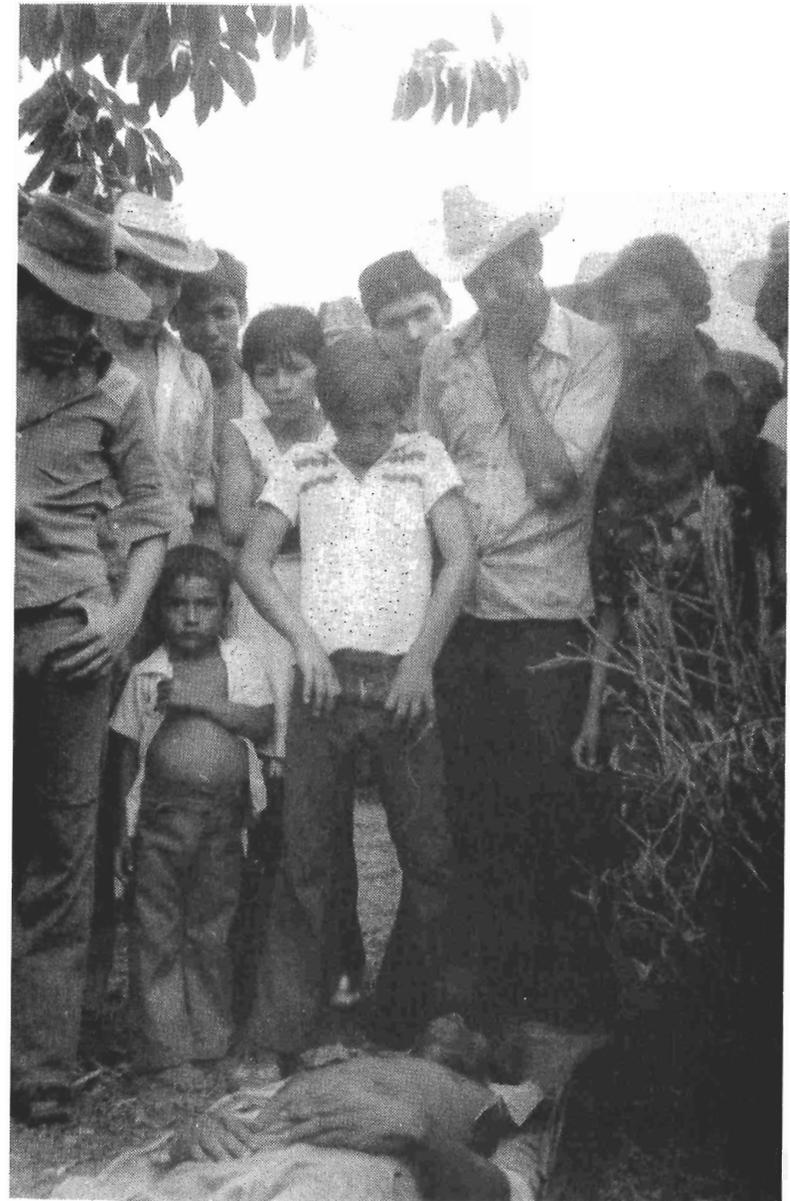
Immerhin scheinen die Bemühungen der FPR (Frente Popular Revolucionario - Revolutionäre Volksfront), auch Militärs auf ihre Seite zu ziehen, nicht aussichtslos zu sein. Innerhalb des Militärs verbleibt ein tiefer Riß.

Gleich nach der Umstrukturierung der Machtverhältnisse versicherten Gutiérrez und Duarte, daß die Regierungsjunta keine weiteren Reformen und Enteignungen mehr durchführen werde, Insgesamt sollen Landbesitzer und Unternehmer stärker als bisher an den Entscheidungen der Regierung beteiligt werden. Insofern kann der Putschversuch d' Abuisons als Erfolg angesehen werden, da wesentliche Forderungen der Oligarchie erfüllt worden sind.

Dagegen hat sich die Strategie der USA der Reformen mit Repression in eine reine Repressionspolitik verwandelt, so daß sich für die USA die Frage stellt, ob sie weiter eine stärkere Einbindung von Mittelschichten in die Regierungsverantwortung betreiben soll oder ob eine direkte Intervention im Zweifelsfall der "sinnvollere" Weg ist, um Mittelamerika vor der kommunistischen Gefahr zu bewahren. Bezeichnend ist immerhin, daß d' Abuison auch die Unterstützung einiger US-Senatoren gefunden hat.

D' Abuison selbst wurde zwar seiner militärischen Ämter enthoben, aber freigelassen. Laut offizieller Regierungsverlautbarung handelte es sich bei dem Treffen, auf dem er gefaßt wurde, nicht um eine Verschwörung, sondern wurde der "Tag des Militärs" gefeiert.

### Verschärfte Menschenjagd



Ein Landarbeiter in Uscutlan war morgens von der Guardia erschossen worden. Aus den umliegenden Häusern kamen die Bauern und begruben ihn am Nachmittag.

Unmittelbar nach dem verdeckten Rechtsruck in der Führung des Landes versetzte Gutiérrez die Armee in Alarmbereitschaft und rief sie zu einer großangelegten "Säuberungsaktion" an den Landesgrenzen auf. Vor allem die Gebiete im Norden des Landes sollten nach Eindringlingen abgekämmt werden, die angeblich von Nicaragua aus ins Land kämen, um die Volksfront zu verstärken. In Wirklichkeit geht es wie bisher darum, vor allem die organisierten Landarbeiter aus ihren Dörfern zu vertreiben und ihre Häuser und eigenen Anbauflächen zu zerstören.

Viele der fliehenden Menschen werden von Straßenpatrouillen abgefangen. Am gefährlichsten sind aber die Angriffe aus den neu gelieferten US-Hubschraubern, bei denen wahllos auf alle Menschen geschossen wird. In einem Dorf sollen allein am 13. und 14. Mai 400 Menschen ums Leben gekommen sein.

Zweck der Aktion ist es, den bewaffneten Volksorganisationen das Wasser abzugraben, die im Norden schon kleine "befreite Gebiete" ausgerufen haben. Daher gehört zu der Aktion auch eine verschärfte Suche nach den führenden Köpfen der Organisationen. In diesem Zusammenhang ist auch die Festnahme des früheren Regierungsmitglieds Zamayoza zu sehen.

Die Verschärfung gegenüber früheren Einsätzen dieser Art besteht aber darin, daß auch Kampfverbände aus Guatemala und Honduras an den Verfolgungen teilnehmen. Die drei Länder haben sich in geheimen Absprachen geeinigt, gemeinsam gegen die über die Grenzen flüchtenden Campesinos vorzugehen. Während früher verfolgte Salvadorianer in das seit dem "Fußballkrieg" von 1969 umstrittene Grenzgebiet zwischen El Salvador und Honduras retten konnten, werden sie jetzt von den honduranischen Posten nach El Salvador zurückbefördert.

Die militärische Kooperation mit dem früher verfeindeten El Salvador ist auch der Regierung von Honduras lieber als ein Überschwappen des Bürgerkriegs ins eigene Land.

### *Die Reaktion der Linken*

Zu Beginn stellte sich der Fall d'Abuison für die Volksfront als rein interne Angelegenheit der Junta dar, die ihre inneren Gegensätze offenlegte und wieder einmal zeigte, daß Reformen gegen den Willen der Mächtigen unmöglich sind.

Das verschärfte Vorgehen der Militärs gegen die oppositionelle Bevölkerung und der Versuch, die führenden Köpfe der Organisationen zu töten, erfordert jedoch eine internationale Kampagne zur Solidarisierung des Auslandes mit der salvadorianischen Bevölkerung. So bereisen Vertreter der Revolutionären/Demokratischen Regierung FDR viele Länder Lateinamerikas, Europas und Afrikas, um für Solidaritätsaktionen auf politischer und humanitärer Ebene zu werben.

Natürlich fordern die zunehmenden Vernichtungsaktionen der Armee auch zu Gegenschlägen heraus, und die Zahl der Angriffe auf Militärstützpunkte, Fahrzeugkolonnen und einzelne Befehlshaber haben in letzter Zeit auch wieder zugenommen. Die Angreifer ziehen sich nach ihren Einsätzen schnell wieder zurück.

Die Vorstellungen der einzelnen militanten Volksorganisationen über die Art und das Ausmaß der Gegenwehr sind allerdings unterschiedlich: während die FARN (Bewaffnete Kräfte des Nationalen Widerstandes) zum sofortigen Aufstand aufrief, beschränkt sich die FPL (Volkskräfte der Befreiung) auf kleinere Einsätze, die vor allem zum Ziel haben, die Militärs zu demoralisieren. Das Revolutionäre Volksheer (ERP) hat sich dem Bündnis der FPR angegliedert und versucht zunächst, seine Kräfte weiter zu konsolidieren.

In der Bevölkerung hat der Wille zum Aufstand und die Solidarisierung mit der Volksfront durch die jüngste Entwicklung natürlich stark zugenommen. Einmal bildet die ständig steigende Zahl der in die Hauptstadt strömenden Flüchtlinge ein Potential für das revolutionäre Volksheer. Zum anderen veranlaßt jeder Mord an einem Menschen mehrere seiner Verwandten und Freunde dazu, selbst aktiv am Kampf gegen das repressive Regierungsbündnis teilzunehmen. Mit dem Einsetzen der Regenzeit sind viele Saisonarbeiter auf dem Land arbeitslos geworden und strömen ebenfalls in die Städte. Auch sie fordern eine radikale Änderung der Lebensverhältnisse in ihrem Land.

Schließlich hat die Umbildung der Machtstrukturen zu einer starken Streikbewegung geführt:

Am 21. Mai streikten 900 Ärzte, weil zwei ihrer Kollegen ermordet worden waren, weil sie linke Aktivisten medizinisch versorgt hatten, die aus einem Gefecht noch lebend davongekommen waren.

700 Agraringenieure streiken um höhere Löhne, klagen die Regierung dabei aber auch an, weil das Programm der Agrarreform nicht durchführbar ist; einmal fehlen die Mittel für Maschinen und Düngemittel, zum anderen haben die Landarbeiter keinerlei Vorteile von den neuen Besitzverhältnissen und im Grunde kein Mitspracherecht darüber, was auf "ihrem" Land angebaut werden soll.

Die Gewerkschaftsvereinigung FENASTRAS hat für den 28. Mai zu einem "unbegrenzten Generalstreik" aufgerufen. Dieser wurde zwar nur teilweise befolgt, führte aber doch dazu, daß die Strom- und Wasserversorgung sowie der öffentliche Verkehr in großen Teilen des Landes lahmgelegt wurden.



Ein Militanter der Guerrillaorganisation ERP zeigt den Bauern die Handhabung eines Gewehres

Offenbar ist die militante Linke aber noch nicht so weit, einen Angriff mit modernen Waffen und Einsatzmitteln, wie sie der Regierung zur Verfügung stehen, abzuwehren. Die Volksfront muß zusehen, wie ganze Dörfer ausgerottet und Menschen vertrieben werden. ERP und FPL wird es wohl kaum gelingen, ihre "befreiten Gebiete" im Norden El Salvadors zu halten oder gar auszubauen. Dies liegt auch an der gut ausgebauten Infrastruktur des Landes. Es gibt keine größeren Gebiete, die schwer zu erreichen sind. Die Kämpfer finden aber Unterschlupf bei der Bevölkerung im ganzen Land, und es wird der Regierungsjunta nicht gelingen, sie auszurotten.

Es wird aber noch einige Monate in Anspruch nehmen, bis alle Mitglieder der Volksfront hinreichend an der Waffe ausgebildet sind und das Volksheer genügend ausgerüstet ist, um bei einem Volkskrieg hinreichende Aussicht auf Erfolg zu haben. Jeder Tag, um den dieser Termin hinausgeschoben werden muß, wird weitere Tote kosten, aber ein Aufstand mit demselben blutigen Ergebnis wie 1932, wie ihn die rechten Kräfte provozieren wollen, wäre noch schrecklicher.

## Hilfsorganisationen

Die verschärfte Verfolgung der Campesinos führt zu einer immer größeren Flucht in die Städte. In San Salvador sind bereits über 1 000 Flüchtlinge in Kirchen und bei Hilfsorganisationen untergebracht. Viele Kinder, deren Eltern ermordet worden sind, kommen in anderen Familien unter. Andere, bei denen noch Hoffnung auf eine Wiederezusammenführung besteht, werden in Heimen oder Privatquartieren notdürftig untergebracht.

Diese Organisationen brauchen dringend Hilfe. Im Folgenden soll eine dieser Einrichtungen vorgestellt werden.

Das Komitee hat seinen Sitz in San Salvador und organisiert die Hilfe für Flüchtlinge. Es arbeitet mit einigen freiwilligen Ärzten zusammen und versucht, die Verletzten zu beherbergen und die Flüchtlinge unterzubringen. Es fehlt an finanziellen Mitteln, Medikamenten und freiwilligen Ärzten aus anderen Ländern.

Das Komitee hat sich zur Aufgabe gesetzt, insbesondere die ärmsten und besitzlosen Klassen des Landes zu unterstützen.

Es wurden Arbeitspläne für drei Kommissionen ausgearbeitet:

a) die Gesundheitskommission bildet in allen Gebieten des Landes Personen aus, die in ihrem Wohnort Nothilfe leisten können. Jede Gruppe erhält Ausbildung in Erster Hilfe und Anfangswissen in Chirurgie. Nach der Ausbildung werden sie mit der notwendigen Ausstattung versehen. In San Salvador gibt es bisher etwa 15 solcher Gruppen. In den Provinzen existiert je eine Gruppe. Die Anforderungen an Personal und Medizin sind enorm. Die Kommission steht auch in Kontakt mit Medizinstudenten und Krankenpflegern. Der Bedarf an Mitarbeitern übersteigt bei weitem die bis jetzt vorhandenen Möglichkeiten der Helfer.

b) Die Kommission für soziale Hilfe betreut fünf Flüchtlingslager in San Salvador in denen seit Ende Februar etwa 600 Personen untergebracht sind, die Hälfte davon Kinder. Die Flüchtlingslager sind in Räumen der Kirche oder religiösen Einrichtungen untergebracht. Die Kommission stattet die Lager mit Nahrungsmitteln, Geschirr, Kleidung und anderen notwendigen Dingen aus. Sie versucht auch, Mitarbeit der Flüchtlinge zu organisieren. Sie hat einen Leitfaden erarbeitet, um andere Lager auf dem Land einzurichten. Es gibt viele Fälle, in denen sich Familien und

ganze Dörfer in einer Notsituation befinden. Die Kommission versorgt diese über die Pfarrämter, die Volksorganisationen und Einzelpersonen mit Nahrungsmitteln und Medikamenten. Einige Familien wurden dabei unterstützt, "in weniger gefährliche Orte" umzusiedeln. Viele Kinder sind inzwischen verwaist. Die Kommission bringt sie an sicheren Orten unter und hilft den Familien, die die Kinder aufnehmen. Bis jetzt gibt es noch keine Kindergärten, aber sie sollen mit Hilfe religiöser Verbände geschaffen werden.

c) Die Verwaltungskommission besteht aus vier Personen. Davon sind zwei ganzzeitig eingestellt. Die Verwaltungskommission organisiert Planung und Finanzierung der Projekte der anderen Kommissionen.

Das Komitee hat seine Arbeit ausgeweitet, und auch die Mitgliederzahl erhöhte sich. Ein Zeichen dafür, daß die Notwendigkeit der Arbeit von vielen Seiten erkannt wird. Das Komitee ist ganz auf die Hilfe aus dem Ausland angewiesen.

Es wurden auch Gespräche mit den Volksorganisationen geführt, um die Arbeit abzustimmen. Auch Mitglieder der fortschrittlichen Kirche arbeiten bei vielen Projekten mit.

Quellen: Inforpress, Latin America Weekly Report, Respuesta, El Independiente, Die Tageszeitung, Frankfurter Rundschau, El Pais.  
Harald Jung: Soziale Kämpfe und Klassenstruktur in El Salvador

### EL SALVADOR BRAUCHT VIELFÄLTIGE HILFE:

#### Medizinische Hilfe:

Medico International  
Stadtparkasse Frankfurt/ Main  
Konto Nr. 232

#### Hilfe für die Volksorganisationen:

Informationsstelle El Salvador, Phillip Hammer  
Postscheckkonto München 1807 69 - 802

Stichwort "Volksorganisationen"

#### Kirchliche Hilfe

Informationsstelle El Salvador, Phillip Hammer  
Postscheckkonto München 1807 69 - 802

Stichwort "Erzdiözese San Salvador"

# ECUADOR

## Die Shuar: Fremde im eigenen Land

*Man erreicht nichts ohne Kampf*

"KAKAACHKURKIA, PENKESHA  
TAKUSCHAMNIAJI!" ' Sprichwort der Shuars

Der folgende Artikel handelt von der 2. "Conquista" Lateinamerikas. Die erste "conquista" durch die Spanier liegt mittlerweile 400 Jahre zurück - diesmal sind es Lateinamerikaner, die Lateinamerikaner kolonisieren. Die Rede ist von den Indianern des Amazonasbeckens. Ihre Situation soll am Beispiel der Shuars und Ashuars in Ecuador dargestellt werden. Die Informationsquellen sind im wesentlichen: Selbstdarstellungen der FEDERACION SHUAR, Zeitungsartikel aus ecuadorianischen und peruanischen Zeitungen - sowie ein wenig eigne Erlebnisse und Anschauungen (1).

"Die Kolonisierung des Oriente ist nicht nur ein Plan zur Einschüchterung der Eingeborenen, sondern potenziell ein Plan um die Shuars auszuradieren!" (Jaime Zabala in NUEVA Nr. 61). Wenn heute in Lateinamerika von sozialer Verelendung, Terror oder Verfolgung die Rede ist, sind Länder wie Chile oder Organisationen/Parteien gemeint. Daß von 1900 bis Heute mehr als 10 Millionen Indianer - hauptsächlich die Ureinwohner des Amazonasgebietes - umgebracht worden sind, wird von der bürgerlichen Presse totgeschwiegen und von der linken Presse großzügig ignoriert. Die Indianer Brasiliens, Peru, Kolumbiens und Ekuadors haben bis jetzt so gut wie keine Möglichkeit gehabt, sich eine Öffentlichkeit zu schaffen und sich zu wehren. Sie wurden, und sie werden immer noch von "Colonos", Militärpatrouillen, bewaffneten Landvermessern oder Öl- und Uransuchern erschossen und vergiftet - darunter sind die "Seelenjäger" - die Missionare aller Richtungen - nicht ihre ungefährlichsten Feinde. Diese indianischen Nationen werden mehr und mehr von der "Zivilisation" - sprich: der kapitalistischen Expansion - eingezwängt, und ihnen droht die völlige Vernichtung, der Völkermord!

Als noch nicht "zivilisierte" Indianer den Caterpillars beim Bau der TRANSAMAZONICA (Brasilien) "störend" zwischen die Raupen gerieten, half die Luftwaffe mit Insektengift aus. Dies Mittel wirkt bei den Indianern auch, da sie noch nicht so "zivilisierte" Resistenzkörper im Blut haben. Insekten-Vernichtungsmittel kennzeichnet makaber treffend das Medium, mit dem die Kommunikation zwischen "alten" und "neuen" Lateinamerikanern stattfindet. Doch dieser Völkermord hat seine Ursache nicht etwa in der besonderen "Mentalität" brutaler lateinamerikanischer Lebensart - wie vielleicht der schlaue Ethnologe meint -, sondern es ist nur konsequenter Ausdruck der forcierten kapitalistischen Ausbeutung und Entwicklung in Lateinamerika. Zu Zeiten der Energiekrisen und der Rohstoffknappheit können sich die industriellen Metropolen keine sentimentaln Rührseligkeiten wegen einem Haufen "Wilder" leisten. Es geht um ÖÖÖÖÖLL zum Beispiel oder Uran! Wer will sich da anthropologische Sentimentalitäten leisten (können) ???

Um ehrlich zu sein, es sind auch nicht die Lateinamerikaner selbst, die ihre Ureinwohner erschossen, vergiften oder verhungern lassen, indem man ihnen ihre Lebensgrundlage raubt. In Wahrheit sind sie "nur" schmarotzende Helfershelfer

der US-amerikanischen TEXACOs, GULFs oder der europäischen EURO- und INTERATOMs. Und in Wahrheit verrichtet die unübersehbare Zahl der Missionare ihre fromme Arbeit auch nicht selbstlos für ihren Herrn oben im Himmel - sondern 90% arbeitet ganz ordinär und weltlich für die Herren hier unten, - die in Washington, Bonn, Brüssel oder Rio de Janeiro unruhig ihre Aktienpakete zählen.

Die nationalen Minderheiten des Amazonasbeckens haben durch die Überraschung der christlich-kapitalistischen Zivilisation bis jetzt auch kaum den Hauch einer Chance gehabt, um zu überleben oder sich überhaupt zu wehren - weil meist die erste Begegnung mit dem "Fortschritt" auch schon die letzte, tödliche war!

Und doch gibt es heute ein Beispiel dafür, das sich die Ureinwohner erfolgreich wehren können. Es sind die Shuars und Ashuar in Ekuador, die sich in der FEDERACION SHUAR zusammengeschlossen haben und seit ca. 20 Jahren einen ununterbrochenen zähen Kampf um ihre Lebensrechte führen. Der historische und geographische Zufall will es, dass sie wahrscheinlich auf dem Boden der größten Uranvorkommen der Welt ihre Jagdgebiete haben. und jetzt ein Kampf der "Jäger und Sammler" gegen die versammelte imperialistische Meute stattfindet. Bevor die Öl- und Uranlagerstätten bekannt wurden, hatte man den Shuars diese Gebiete rechtlich mit Brief und Siegel zuerkannt (was ihnen eh gehört) - weil es für völlig wertloses Gebiet gehalten wurde. Nach der Erkenntnis war der Schreck groß und es mangelte auch nicht an Änderungsversuchen. Doch dies "Mißgeschick" kann man in Ekuador nicht mehr so einfach wie im brasilianischen Dschungel durch Luftwaffe und Gift lösen - weil sich die Shuars eine zu große Öffentlichkeit verschafft haben, sich jetzt zu wehren wissen. Und die andere Seite sucht jetzt nach langfristigeren, "humaneren" Vernichtungsmöglichkeiten, die die Öffentlichkeit nicht zu sehr erregen!

*Waffen gegen die Shuar: Öl, Holz, Colonos, Missionare*

Die Öl- und Uranfunde wurden lange Zeit geheimgehalten. Aber als die OPEC auf der politischen Weltbühne erschien, einige Erdölländer ihre Industrie verstaatlichten und die "Energiekrise" auftauchte, mußte man die von SHELL-STANDARD-OIL 1949 gefundenen Lagerstätten aufdecken - und es hieß auf einmal: "Der Oriente ist ein neues EL Dorado". Ähnlich wie mit dem Öl, wurden die Uranfunde verschleiert. Aber jetzt nahm die Entwicklung ihren Lauf. 1972 erklärte die angesehene US-Fachzeitschrift "BOLSA-REVIEW" Nr. 67, man müßte die vorhandenen Unterlagen über die Möglichkeit der Uranschlürfung in den Ostanden Ekuadors neu betrachten. Durch eine "Indiskretion" wurde die Bearbeitung durch den US-Geologen Feininger bekannt (2). Im Februar 1973 erschien dann von der "BANC OF LONDON" ein ausführlicher Bericht über Ekuador, der ebenfalls ausführliche Informationen über Uranfunde enthielt. Dieser Bericht enthielt Studien der "INTERNATIONALEN ATOMENERGIE-KOMMISSION", woraus hervorging, das ECU mehr Uran als Erdölvorkommen besitzt. Einige Monate später empfing das damalige Militärministerium eine hohe westdeutsche Expertenkommission (EURATOM). "Hier entschied sich, warum die Germanen ("germanos") mit unglaublich hohen Investitionen ins Land kamen, um hier hunderte von Millionen Mark anzulegen." (NUEVA Nr. 61, S. 47) (3) Die Perspektive dieser gigantischen Geschäfte lagen offen auf dem Tisch. Als der westdeutsche Justizminister zu einem Staatsbesuch hier erschien, formuliert er es so: "Ekuador wird das Brasilien des Pazifiks". (NUEVA Nr. 61, S. 47)

Diese europäischen Aktivitäten setzte die US-amerikanischen Konzerne in Bewegung, die ja Lateinamerika immer noch als ihren ureigensten Vorgarten betrachteten. Sie bedienten sich einer Flugzeugkatastrophe in Ekuador, um auch noch ins Geschäft zu kommen. Von 1976 bis heute verschwanden mehrere Inlandsflugzeuge der ecuadorianischen Linie SEATA auf den Linien Quito, Ambato, Q, enca auf sehr

mysteriöse Weise – es wurden niemals Trümmerreste gefunden und die Flugzeuge tauchten nie wieder auf (wohl einige Passagiere, wie behauptet wird!). 1976 verschwand das erste Flugzeug der SEATA auf dem Flug Quito-Quenca. Es wurde sofort eine gigantische Suchaktion gestartet. Diesen Umstand machten sich die USA zunutze und boten sofort Hilfe an – aus der Luft mit den neuesten Flugzeugen, die mit den modernsten Suchgeräten ausgestattet waren. Die Amerikaner übernahmen das Gebiet hinter Quenca – wo die Uranlagerstätten vermutet wurden! und durchforsteten dieses Gebiet mit ihren hochempfindlichen Detektoren, die auch (!) Mineralager aufspüren können. Die sensiblen Detektoren entdeckten zwar das verschwundene Flugzeug nicht, dafür aber gewaltige Uranlager zwischen dem Oriente und dem Azuay.

Zusammengefaßt: Ekuador hat im Oriente Uran, viel Uran. Es hat wichtige und riesige Reserven in Azuay und Morona Santiago. Es gibt ebenfalls gefilterte Informationen aus den Archiven der transnationalen Konzerne, wonach es in der Cordillere von Cutucú ebenfalls sehr hochwertiges Uran geben soll. In jedem Fall wird die Ausbeutung des Urans zu einer lebensbedrohenden Gefahr für die Gemeinschaften der Shuars. Allein im Gebiet von Morona Santiago leben 40 000 Shuars.



### Die Vertreibung der Shuar durch die Kolonisatoren

Die ekuadorianische Organisation CREA (4) stellte ebenfalls fest, das dieses Gebiet "ein riesiges Potential an Holz und Mineralien hat" (NUEVA Nr. 61) und sie eine große Offensive zur Kolonisierung von Palora Gualaquiza mit Hilfe der Militärs planen, die 500 Millionen Sucre kosten soll – und die gleiche Summe soll noch einmal von der ekuadorianischen Regierung gestellt werden. Und die Shuars sollten die Notwendigkeit dieses Projektes einsehen.

Eine besondere Maßnahme sollte sie davon überzeugen. Am 4.1.79 erschien ein Dekret der Militärregierung indem bestimmte Gebiete zu Reservaten bzw. Nationalparks erklärt wurden. Die Einwohner dieser Regionen sollten legale Besitztitel bekommen, und die gleiche Autonomie wie die Siedler (colonos) bekommen.

Die Kolonisierung des Oriente ist sowohl eine Maßnahme um die Shuars zu vertreiben, als auch eine Maßnahme um die sozialen Probleme in der Sierra und Costa zu lindern. Die meisten Siedler kommen aus der Sierra (aus den Regionen Ambato, Riobamba und Quenca) wo die fortschreitende Bodenerosion das bebaubare Land immer mehr verknappt. Die Siedler sind meist landlose oder arbeitslose campesinos, die im Oriente ein neues "El Dorado" vermuten. Ohne ihr Wollen werden sie im Oriente als Mittel eingesetzt um die Shuars zu vertreiben.

Die Shuars wollten von dem Projekt der Militärs nichts wissen. Sie fassen die Kolonisierung ihrer Gebiete als ein historisches Attentat auf ihre Interessen und Gemeinschaften auf. In der Gegend, die durch CREA kolonisiert werden soll "... leben 82 Gemeinschaften der Shuars, sowie einige Gruppen der Ahuars; man kann nicht das kolonisieren, was wir schon besitzen. Die Shuars stellen fest, das sie die legitimen Bewohner und Besitzer von Morona Santiago sind (eine der 3 Oriente Provinzen Ekuadors)." (M. Tankamash in NUEVA Nr. 61, S. 50)

Die CREA hat schon Rechnungen angestellt – durch Expertisen ausländischer Spezialisten – die noch geheimgehalten werden. Aber soviel ist bekannt, das allein der Rohstoff Edelhölzer in dieser Region 400 Millionen Sucre (15 Sucre=1 DM) wert ist. Und wenn es industriell ausgebeutet und verarbeitet wird, multipliziert sich der Wert um ein Vielfaches. "Dieser Reichtum ist für die Holzmonopolisten aus den USA zu attraktiv. Uran und Holz, haben sie beschlossen, werden die Waffen gegen die Shuars sein, um Ekuador ökonomisch zu "entwickeln". Wenn der Ausbeutung des Holzes und der Minerale nicht Einhalt geboten wird, werden die Shuars zerstreut und vernichtet werden." (Tankamash in NUEVA Nr. 61, S. 50)

Man muß sich klar sein, was Holz- und Uranindustrie in diesen Gebieten anrichten würde. Sie würden das ökologische und biologische Gleichgewicht dieser Region zerstören – und damit den Shuars ihre Lebensgrundlage rauben:

Wie die meisten indianischen Völker des tropischen Regenwalds betreiben die Shuar den Brandrodungswanderfeldbau: Eine kleine Gruppe siedelt in einem Gebiet und rodet in Wald kleine Felder. Nach ca. 2-3 Jahren ist die dünne Humusschicht verbraucht, und neue Felder werden angelegt. Die alten wachsen allmählich wieder mit tropischer Vegetation zu. Nach ca. 15 Jahren, wenn der Boden in der näheren Umgebung der Siedlung weitgehend verbraucht ist, gründet die Gruppe – oder Teile der Gruppe – eine neue Siedlung in einer anderen Region und beginnt dort mit der Anlage von Feldern, der Zyklus des Brandrodungsfeldbaus wiederholt sich. Mindestens 50 Jahre dauert es, bis sich der einmal gerodete nährstoffarme Boden des Regenwaldes wieder regeneriert hat. Dieser durch die Bedingungen des Ackerbaus vorgegebene "Wanderzyklus" ermöglicht zudem eine Regeneration des Wild- und Fischbestandes, die ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Ernährung der Shuar liefern.

So erhalten sie sich ihre Lebensgrundlage. Der Plan der Kolonisierung ist insofern raffiniert, als die Shuars nicht direkt angegriffen werden, sondern ihnen einfach die Lebensgrundlage entzogen wird. So sind die staatlichen und privaten Organisationen von jeder direkten Schuld "freigesprochen" und die Shuars müssen sich andere Gebiete suchen!

In Gebieten, wo sie schon auf zu kleine Gebiete reduziert sind, wie in Coca (Francisco de Ortellano), sind die Folgen jetzt schon sichtbar. Der Boden ist erschöpft das jagdbare Wild ist verschwunden, hat sich weiter nach Osten verzogen, und selbst die Flüsse um Coca, z.B. der Rio Napo, sind fast völlig leergefischt. Die Colones haben angefangen mit Dynamit zu fischen – und in den Eingeborenen lernwillige Schüler gefunden – mit dem Resultat, das der Fluß keine Möglichkeit mehr hat, sich zu regenerieren.

### Die Wirklichkeit des neuen »El Dorado«

Sie sehen alle gleich aus, die Ansiedlungen im Oriente. Egal ob Sukua, Puyo, Tena oder Coca – eine lange Hauptstraße, die je nach Wetter eine Schlamm- oder Staubwüste ist. Hier hat sich alles lebensnotwendige angesiedelt, die Kneipen, die Geschäfte der Händler, die Busstation, und die diversen Missionshäuser und Kirchen – meist aus Holz und Wellblech zusammengewürstelt. Die Namensschilder an den Geschäften verraten die Herkunft der Colones: "Paneficadora Ambato", "Almacen Quenca", "Restaurante Ambatenita" etc.. Der Mittag ist im Oriente der schleichen-  
den Tod mit 40–45°C im Schatten bei sehr hoher Luftfeuchtigkeit. Das Wetter läßt auch keine längere Diskussion zu. Entweder gibt 's Regen und damit Schlamm oder es regnet nicht, dann verwandelt sich die Stadt in eine einzige Staubwolke. Zur Regenzeit findet hier das alljährliche Mosquito-Festival statt, es scheinen sich sich dann alle "moscas" Lateinamerikas hier verabredet zu haben, und es sind die Hartnäckigsten, sie finden selbst das kleinste Loch im Mosquitogitter vor dem Fenster oder in der Tür und machen vor allem die Zeit des Sonnenuntergangs zur Qual. Jede Stadt hat aber auch seine Besonderheiten. In Coca z.B. kann man abends in den unbeleuchteten Seitenstraßen nur mit der Taschenlampe gehen, um nicht in ein Schlammloch zu fallen oder um den Schlangen aus dem Weg zu gehen, die die feuchte Dunkelheit zu einem Abendspaziergang nutzen.

In dies neue "El Dorado" werden die landlosen oder arbeitslosen Siedler vom Hochland oder von der Küste hingelockt. Das Unwissen über die reale Situation im Oriente gab es nicht nur in der vergangenen Eroberung durch die Spanier, die hier wie die Fliegen gestorben sind. Nach Ende des "Erdölkrieges" von 1943 zwischen Peru und Ecuador riefen die Militärs zur verstärkten Kolonisierung an der "grünen" Grenze zu Peru auf. Das Instrument zur Kolonisierung wurde die Organisation CREA die ihre Radiostation Tag und Nacht dazu benutzt, um für die Region zur Kolonisierung aufzurufen: "Wir bieten Gratisflüge, bieten 100 Hektar Land für jeden Kopf einer Familie (über 14 Jahre), wir reservieren Holzbestände und stellen die ganze Infrastruktur, die zum Überleben notwendig ist." (aus MARKA Nr. 129/Lima/Peru) Kurz und gut, es gilt ein neues "El Dorado" zu erobern. Daraufhin kamen die ersten 120 Familien – landlose Campesinos aus der Sierra oder arbeitslose Costeños – um das Abenteuer Morona Santiago zu suchen, um ihre Träume erfüllt zu sehen, aber es wurde ein desillusionierendes Martyrium.

Der Schaden, den CREA anrichtete, ist ein doppelter: Erstens verstießen sie gegen die legitimen Interessen der Shuars – gegen ihre traditionellen Landrechte und gegen ihre Kultur und zweitens lockten sie arme Bauern aus dem Hochland in die ihnen völlig unbekannte andere soziale und ökologische Region des tropischen Regenwaldes.

Jose Villamarin, ein Eingeborenenführer erläutert es so: "...sie wurden aus ihrer vertrauten Umgebung herausgerissen und in eine völlig andere verpflanzt... die totale soziale und kulturelle Entwurzelung... so sterben sie jetzt von allein. Hier müssen sie 40–45°C im Schatten bei hoher Luftfeuchtigkeit ertragen – und man sieht sie noch vereinzelt in der traditionellen Sierrakleidung (Poncho und Polleras) herumlaufen, die für die kalten Sierra-Regionen über 3 000 m gedacht sind. Es ist alles absurd. Sie haben keine Möglichkeiten der Kommunikation – sie haben den Nabel abgeschnitten, der sie mit ihrer vertrauten Welt verband. Es gibt unter ihnen Todesfälle wegen Appetitlosigkeit, Erstickungstod (Kleidung!) oder durch Schlangenbisse... nur weil sie nicht wissen, wie man hier leben muß. Was sie produzieren, können sie nicht mit dem Flugzeug ausfliegen (5). Es würde 20–30% des Verkaufspreises ausmachen. Die Leute sind zerstört... sie können sich auch nicht an das Essen hier anpassen und müssen alles von außen einfliegen lassen, den Reis, Zucker alles, und es kostet 2.60 Sucre pro Libra mehr. Das nimmt ihnen alles Geld, was sie besitzen... Die Colones haben vorher in der Sierra auch kein Leben in Luxus und Komfort geführt, aber dort kannten sie wenigstens die Mittel zum Überleben... Hier sind sie völlig desorientiert: Yuca (6) zum Frühstück, Yuca zu Mittag, Yuca zum Abend, Camote Kartoffeln und Nudeln, dieses strenge Regiment des Essens ist für viele sehr schwer... sie haben 100 Hektar Land bekommen, doch die haben nicht denselben Wert wie 10 Hektar in der Sierra.

Vor 4 Jahren, als die Kolonisierung anging, brachte man Stromgeneratoren, Motorkanus, Baumsägen, Flugzeuge, Traktoren... und heute gibt es niemanden, der sie bedienen oder reparieren kann. Die Flugpisten können nicht instand gehalten werden, weil es weder Schotter noch Steine im Umkreis von 100 km gibt – geschweige Zement, Lastwagen oder Straßen, um das alles zu transportieren... Also was zur Lage der Siedler zu sagen ist: Sie siechen langsam dahin. Was einige noch aufrechterhält ist die Hoffnung, daß endlich eine Straße nach Mendez gebaut wird. Man hat genug Studien darüber gemacht, man weiß, daß man einige hundert kleine und größere Flüsse überqueren oder überbrücken muß. Die Investitionen wären enorm! Und jetzt? – Wird man diese riesigen Summen für 80 oder 120 Familien bewilligen? Die 25 Millionen Sucre die CREA schon ausgegeben hat, sind Stück für Stück verschwunden – alles für die "Planung".

"Es ist mit der Mentalität der Hochlandbewohner geplant worden, ohne zu wissen wie man hier überleben kann – und logischerweise kommt jetzt das große Fiasko." (aus NUEVA Nr. 61)

Vor diesem Fiasko gelang es den Siedlern noch, ein kleines Sportflugzeug für ihre Genossenschaften zum Transport der CREA abzurufen. – Mit dem Erfolg, daß die CREA mittlerweile ihre sämtlichen Genossenschaften kontrolliert!

### Die Shuar: »RAUS MIT CREA!«

Das andere Problem, das CREA produzierte, war die Tatsache, daß die Shuar überhaupt nichts von den Kolonisierungsplänen wußten! Miguel Tankamash: "Im Dezember 1978 gaben die Militärs der CREA per Dekret ein Tal mit 200 Millionen Hektar als 'Reserve' – eine Zone wo 80 Shuar – Zentren leben. Von ihnen wurde verlangt, daß sie sich woanders niederlassen sollten... es gab zwei Projekte, die von der CREA vorangetrieben wurden: Die Kolonisierung und die Entwicklung von Palora Gualaquiza. Dafür bekam CREA eine Finanzierung von 200 Millionen Sucre, für ein Gebiet wo 130 Shuar-Zentren bestehen – was der CREA bekannt war. Von diesem Geld wollten sie dann jedem Zentrum 1000 Sucre!

(=ca. 650 DM) geben und 8 Schulen bauen. Für den Bezirk Sukua wollten sie nur 2 Millionen Sucre für den Ausbau der Gesamtschule geben. Der Rest sollte als Darlehen an die Viehzüchter gehen - von denen wir wissen, daß sie es überhaupt nicht nötig haben... "Dasselbe", fährt Tankamash fort "... wollten sie mit einem Wiederaufforstungsprogramm der Pflanze 'guabo' machen, die hier jeder kennt, anbaut - seit Jahren. Und dafür hatten sie großartige Einführung- und Anleitungskurse machen wollen. Es gibt noch ein anderes Projekt: 'Sozialarbeit' das mit 40-50 Millionen Sucre ausgestattet wurde. Das Absurde ist, daß noch nicht einmal erklärt wird, um welche Art der 'Sozialarbeit' und mit wem sie gemacht werden soll. So werden die Millionen verbraucht!"

So sieht das aus der Sicht der Shuars aus. Tankamash weiter: "Wenn die CREA die Provinz verlassen hat, wollen wir keinen Paternalismus mehr, wir wollen auch keine 'Zwischenhändler' mehr wenn es um Geld geht. Zusammenarbeit akzeptieren wir, aber keine Bevormundung! Unsere Lösung ist klar: Raus mit CREA-jetzt! - weil man sie nicht mit 80 oder 130 Familien herumspielen lassen kann, und sie nicht damit fortfahren dürfen, weiteren Menschen ein neues "El Dorado" zu versprechen und in völliger Unkenntnis der Situation hier herumzuplanen... und nur Millionengehälter an Büro-Technokraten - die hier als 'Techniker' des CREA fungieren - zu zahlen, wäre Verbrechen!" (Tankamash in NUEVA Nr. 61)

### Föderation Shuar: »Bis zu den Wurzeln...«

Die Notwendigkeit sich zu organisieren, sich zu wehren, schuf die FÖDERATION SHUAR. Heute organisiert sie 30 000 Bewohner in 192 Zentren und 14 Assoziationen. "Wir mußten unser eigenes Land gewaltsam besetzen" sagt Tankamash, "wenn wir es hätte kaufen wollen, hätten wir einen irrsinnigen Preis dafür bezahlt... bis zu den Hemden wollen sie unser Land verändern. So wie die spanischen Conquistadoren unser Gold mit Taschenspiegeln und Glasperlen bezahlten. Um uns wirklich zu helfen, investiert der Staat so gut wie gar nichts. Er schickt keine Lehrer und Ausbilder - deshalb helfen wir uns jetzt selbst... jedes Zentrum hatte ein Radio, also haben wir angefangen RADIO FÖDERATION zu schaffen (mit deutschen Entwicklungshelfern) - und haben eine Alphabetisierungskampagne gestartet. RADIO FÖDERATION hat heute aus den Shuars ein Volk ohne Analphabeten gemacht. Wir haben die Zahl fast auf Null gesenkt. Das habe ich dem Erziehungsminister erklärt - wir haben das mit einem Projekt gemacht, das dem Staat weniger als 5 Millionen Sucre gekostet hätte."

Jetzt haben sich die Shuars überlegt, mit derselben Radiostation ein Programm zur Entwicklung und Erhaltung ihrer Identität und Kultur zu machen. Aber wie immer bei Angelegenheiten, die die Interessen des Staates direkt berühren, gibt es die ersten Konflikte, weil man sie zwingen will, Rücksicht auf die ca. 120 kirchlichen Missionssender im Oriente zu nehmen. "Es gibt einen unabhängigen Zusammenschluß der SHUAR Völker, der von Protestanten und Evangelisten kontrolliert wird und der seinen Mitgliedern verboten hat, mit uns zu arbeiten weil wir Kommunisten seien und mit dem Teufel zusammenwohnen und arbeiten." (NUEVA Nr. 61)

Wenn es nicht die Missionare sind, sind es Andere, von außen geschickte (US-Peace Corps oder das Linguistische Sommer-Institut), die auf die SHUAR FÖDERATION angesetzt werden, um sie zu desorganisieren und zu zerstören. Es geht ja hierbei nicht um "Rettung von ungläubigen Seelen" - sondern um Öl, Uran und Holz. Es fehlen natürlich auch nicht die wissenschaftlichen Schwätzer, die den Konflikt auf kulturelle oder ethnologische Aspekte herunterspielen wollen.

Erschreckend ist aber die Reaktion der Gewerkschaftszentralen und der Parteien auf den Kampf der Shuars. Mehr als ein müder papierner Protest ist ihnen dazu noch nicht eingefallen. Eine Organisation, die die Unterdrückung einer nationalen Minderheit im eignen Land hinnimmt, hat jeden Anspruch darauf verloren, glaubwürdig für mehr soziale Gerechtigkeit oder für den Sozialismus zu kämpfen. "Dieses System ist schlecht und ungerecht, bis in die Wurzeln..." (Tankamash)

### (1) Benutzte Literatur:

- "SOLUCION ORIGINAL A UN PROBLEMA ACTUAL" - Fed. Shuar, Quito 1976
- "SHUAR-PUEBLO DE LAS CASADAS SAGRADAS" - M.J. Harner
- "NUEVA" Nr. 60-62, Quito (Interviews mit Miguel Tankamash-Sprecher der FÖDERATION SHUAR, sowie mit Jaime Zabala- Führer der Bewegung für die Zweite Unabhängigkeit
- (2) Als Dekan der Fakultät für Geologie überließ er den Studenten die Übersetzung ins Englische. Er, Feininger, schrieb nur noch eine Begründung dafür, daß es "faktisch" US-Funde seien, da sie die Finanzierung getragen hätten (aus NUEVA Nr. 61, S. 47)
- (3) Sie stellten nur eine Bedingung - falls es zu einem Regierungswechsel kommen sollte, der schon im Gespräch war - daß die Militärs ihnen die Ausbeutung des Urans garantieren sollten (NUEVA)
- (4) CENTRO DE RECONVERSION ECONOMICA DEL AZUAY
- (5) mit der Region Mendez/Macas in östlicher Richtung gibt es keinerlei Straßenverbindung. Das Flugzeug ist das einzige Verbindungsmittel
- (6) Knollenfrucht des Oriente

### BEGRIFFSERLÄUTERUNGEN

INDIGENA/INDIO/NATIVO	= 'Eingeborener oder Indianer'. Die Bezeichnung "Indio" wird heute nur noch als Schimpfwort gebraucht
ORIENTE/SELVA	= Der Osten/Urwald, beide Bezeichnungen werden sowohl in Peru, Kolumbien als auch Ecuador für die Urwaldgebiete des Amazonasbeckens benutzt.
JIBARO	= "Wilder", diskriminierende Bezeichnung für die Ureinwohner des Oriente.
CONQUISTA	= Bezeichnung des Zeitraums der spanischen Kolonisierung Lateinamerikas.
EL DORADO	= Das "Gold-oder Märchenland", nachdem die spanischen Eroberer während der Conquista suchten
Quichua/QUECHUA	= Sprache der Ureinwohner Lateinamerikas, die heute noch in weiten Gebieten der Hochanden und des Orientes die üblichen Umgangssprache unter den Eingeborenen ist.
COLON OS	= Kolonialisten, so werden alle Weißen, Mestizen etc. genannt, die jetzt in den Oriente gehen, um dort entweder Land zu roden oder Minerale suchen
COMUNIDAD SERRANO/COSTENO	= Bezeichnung für die Indigena-Dörfer
Miguel TANKAMASH	= Hochgebirgs/Küstenbewohner
	= Sprecher der "FEDERACION SHUAR", sämtliche Zitate von ihm sind in einem Interview entnommen, das die ekuadorianische Monatszeitschrift "NUEVA" mit ihm gemacht hat (Nr. 61/Jan. 80/Quito)

# VENEZUELA

## Wirtschaftsliberalismus — Alternative zu Korruption und Verschwendung?

Seit der Amtsübernahme des jetzigen, der christlich-sozialen Partei COPEI angehörenden Präsidenten Luis Herrera stehen Versuche, einige Grundübel der venezolanischen Wirtschaft - wie grenzenlose Verschwendung, Korruption und geringe Produktivität - zu bekämpfen, im Mittelpunkt der venezolanischen Wirtschaftspolitik. Die Therapie heißt Wirtschaftsliberalismus.

Die Forderung nach einem Mehr an "freier Konkurrenz" einerseits, weniger Staatsintervention - Zölle, Subventionen, sozialpolitische Maßnahmen - andererseits, entspricht nicht nur gewissen Tendenzen im globalen Maßstab - von Chile und Argentinien über Margaret Thatcher bis hin zu Franz Josef Strauß -, sie wurde von der monopolistischen Fraktion des venezolanischen Kapitals schon seit langem erhoben. Ricardo Zuloaga, ein prominenter Vertreter dieser Fraktion, stellte im Frühjahr 1977 in einer Artikelserie im venezolanischen Nachrichtenmagazin RESUMEN die Grundzüge dieser "Therapie" äußerst prägnant dar; einige Sätze sind es wert, zitiert zu werden:

"Das Problem der Entwicklung, das ist das Problem der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, das ist letzten Endes das Problem, die produktiven Ressourcen, die verfügbar sind, in rationaler Weise so zu organisieren und zu verteilen, daß die gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnisse der Bevölkerung in der bestmöglichen Weise - bzw. der am wenigsten schlechten - befriedigt werden."

"In der freien Marktwirtschaft reflektieren die Preise der verschiedenen produktiven Ressourcen ihre relative Knappheit, d.h. den Grad der Bedeutung, den sie für die Befriedigung der Bedürfnisse der Gemeinschaft besitzen."

"Das freie Unternehmen und der Unternehmer erfüllen eine entscheidende und unersetzbare Funktion für die Lösung des Problems der Produktion und der Entwicklung, d.h. in der rationalen Organisation und Verteilung der produktiven Ressourcen der Gemeinschaft."

"Das mächtigste Motiv für die Perversion der Staatsfunktionen leitet sich aus dem Einfluß einer Ideologie ab, die meint, der Staat müsse die Planung und Kontrolle der Produktion und der Wirtschaft übernehmen."

"Das System des freien Unternehmertums beruht notwendigerweise auf der Freiheit des Konsums, der Freiheit der Arbeit und der Berufswahl, der Freiheit des Handels, der freien Verfügung über das Eigentum, d.h. in der Freiheit der Menschen, sich dorthin zu bewegen, wohin es ihnen gefällt und wann es ihnen gefällt, und mit ihrer Person und mit ihren Gütern zu tun, was auch immer ihren eigenen uneingeschränkten individuellen Kriterien entspricht."

Das ganze stellt offenbar eine brillante Zusammenfassung der Position von Milton Friedman- US- Ökonomieprofessor, Nobelpreisträger und Chefideologe der chilenischen Militärjunta - dar; ironischerweise wurde der letzte Artikel der Serie am 1. Mai veröffentlicht !

### Maßnahmen und Widerstand

COPEI ist zwar keine Partei des absoluten Wirtschaftsliberalismus, sondern hat einen starken sozialreformerisch orientierten Flügel. Dennoch hat sich in der Wirtschaftspolitik im ersten Jahr dieser Legislaturperiode offenbar der Unternehmerflügel innerhalb der Partei durchgesetzt. Die wichtigsten Maßnahmen konzentrieren sich jedenfalls auf zwei Bereiche:

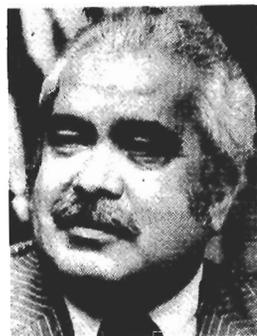
- die Liberalisierung der Außenhandelsbeziehungen (Zollabbau, Aufhebung von Importsubventionen) und
- den Abbau von Subventionen und Preiskontrollen im Inneren.

Vor allem die Aufhebung der Preiskontrollen für viele Produkte des Grundbedarfs hat in den letzten Monaten des Jahres 1979 dramatische Auswirkungen gehabt . Allein in den vier Monaten von September bis Dezember 1979 stiegen die Preise von Lebensmitteln, Getränken und Tabak um 18,9%, von Kleidung und Schuhen um 18,6%, von Haushaltswaren um 7,8%. Das muß auf dem Hintergrund dreier Tatsachen gesehen werden:

- Im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern war die Inflationsrate in Venezuela immer niedrig; bis 1973 lag sie meist unter 3% jährlich und auch danach im Schnitt unter 10%.
- Die Tarifabschlüsse des Jahres 1978 (mit einer Laufzeit von drei Jahren !!) hatten Lohnerhöhungen von weniger als 10% gebracht.
- Der Anstieg der Ölpreise und die damit verbundene Erhöhung der Staatseinnahmen um mehr als 50% hatten die seit 1973 bestehenden massiven Erwartungen der Massen auf eine fühlbare Verbesserung ihres Lebensstandards noch einmal verstärkt.

Die erste Quittung für diese Politik erhielt die Regierung "postwendend" - über die größten und militantesten Massendemonstrationen in Venezuela seit zwanzig Jahren, die im Oktober 1979 stattfanden, haben wir bereits berichtet (vgl. LN 76). Ein Ölland kann es sich natürlich leisten, flexibel zu reagieren: Auf den vereinigten Druck aller oppositionellen Kräfte hin sah sich die Regierung gezwungen, im November zusätzliche Lohnerhöhungen zu dekretieren, die je nach Lohnniveau zwischen 5 und 30% betragen.

Dies schuf etwas Ruhe an der politischen Front, aber der nächste wirtschaftspolitische Schlag ließ nicht lange auf sich warten: Im Januar dieses Jahres wurde ein großer Teil der Subventionen für den Import von Lebensmitteln gestrichen, was ähnlich wie die Streichung der Preiskontrollen eine stimulierende Wirkung auf die venezolanische Landwirtschaft haben soll. Inwieweit das wirklich der Fall sein wird, muß abgewartet werden; zunächst einmal wirkt diese Maßnahme zusätzlich inflationsverstärkend und stellt somit - zumal sie wiederum vor allem Artikel des Grundbedarfs betrifft - einen weiteren Angriff auf die Lebensbedingungen der Massen dar.



Der jetzige Präsident

Luis Herrera

und sein Vorgänger

Carlos Andres Pérez

Eine Politik, die durch eine Verschärfung der Konkurrenz zu einer Erhöhung der Produktivität führen will, bringt natürlich auch für weite Teile der Bourgeoisie Probleme mit sich. Betriebe in Sektoren, die von der Aufhebung der Preiskontrollen nicht direkt profitieren, und die andererseits nicht in der Lage sind, höhere Löhne durch Produktivitätssteigerungen auszugleichen, kommen tatsächlich in Schwierigkeiten. Von einer beträchtlichen Zahl von Konkursen ist die Rede, und das entspricht tatsächlich der Logik der liberalen Wirtschaftspolitik: Die schwächeren Betriebe erliegen dem Konkurrenzdruck, die produktiveren überleben, womit gleichzeitig die durchschnittliche Produktivität im nationalen Maßstab gesteigert wird. Allerdings - und dieser Widerspruch wird von liberalen Wirtschaftstheoretikern geflissentlich übersehen - wächst damit auch der Monopolisierungsgrad der Wirtschaft, vor allem in einem Land mit einem trotz Öleinahmen noch relativ begrenzten Binnenmarkt. Immer weniger Unternehmen beherrschen in den verschiedenen Branchen den Markt und sind gerade dadurch in der Lage, die zunächst politisch durchgesetzte Konkurrenz wieder auszuschalten: darüber

hinaus können sie aufgrund ihrer entscheidenden Position im wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß des Landes ihren Einfluß auf die Politik der Regierung noch vergrößern.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten reichen allerdings bis in den monopolistischen Sektor: Die Produktion der Automobilindustrie, also einer Branche, die von Anfang an von einer kleinen Zahl multinationaler Konzerne beherrscht wurde, lag im Jahre 1979 um 15% unter dem Ergebnis von 1978. Dies ist sicherlich einerseits eine Folge von Umstrukturierungen der Automobilindustrie im internationalen Maßstab, hängt aber wahrscheinlich auch mit der Tatsache zusammen, daß aufgrund der extrem ungleichen Einkommensverteilung Venezuelas, die Gruppe derjenigen, die sich den Kauf neuer Automobile leisten können, kaum mehr expandiert. Der Kaufkraftverlust der letzten Monate hat sicherlich der Automobilindustrie auch keine neuen Konsumenten erschlossen.

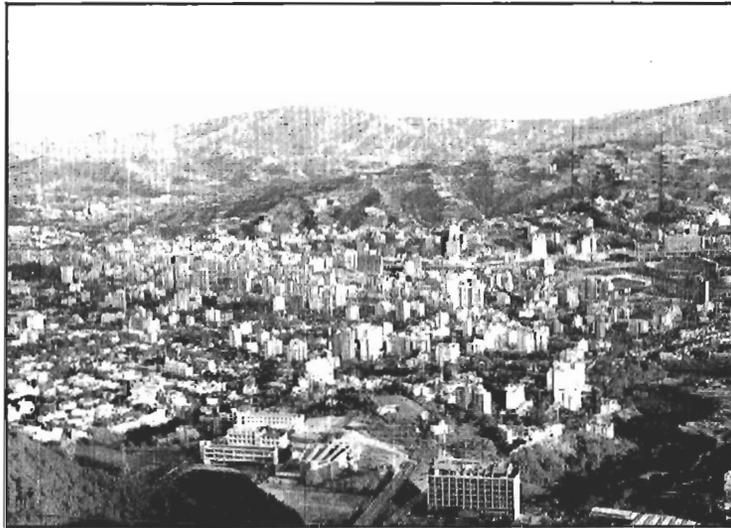
### *Eine unvermeidliche Durststrecke?*

Margaret Thatcher wird nicht müde, zu erklären, daß die gegenwärtige Verschärfung der wirtschaftlichen Situation in England nur eine "Durststrecke" darstellt, die durchlitten werden muß, damit nachher alles grundlegend besser wird. Einmal angenommen, sie hätte recht - bestünde nicht in Venezuela tatsächlich eine Chance, daß nach einer gewissen Phase wirtschaftlicher Umstrukturierung ein Prozeß rascherer wirtschaftlicher Entwicklung ermöglicht wird?

Zwar lassen sich Chile und Venezuela aufgrund der unvergleichlich besseren außenwirtschaftlichen Position des Öllandes Venezuela nicht ohne weiteres miteinander vergleichen, doch gibt die chilenische Entwicklung seit 1973 schon einige Hinweise darauf, was die venezolanische Gesellschaft in den nächsten Jahren bei einer konsequenten Verfolgung einer liberalen Wirtschaftspolitik erwarten würde:

- Massive Repression ist die Vorbedingung der konsequenten Durchführung eines solchen wirtschaftspolitischen Konzeptes, da sich ja schon im letzten Herbst zeigte, daß die Massen eine solche Politik nicht ohne Widerstand akzeptieren würden.
- Eine liberale Außenwirtschaftspolitik kann angesichts der geringen Konkurrenzfähigkeit der jahrzehntlang geschützten venezolanischen Industrie katastrophale Folgen haben; selbst mittelfristig wird sich diese Industrie in den meisten Branchen nur bei hohen Reallohneinbußen der Arbeiter halten können.
- Die wachsende Produktivität einzelner Wirtschaftszweige wird erkaufte werden, durch eine doppelte Freisetzung von Arbeitskräften: Einerseits durch den zunehmenden Einsatz arbeitssparender Maschinen in den modernen Großbetrieben, andererseits durch den Bankrott einer großen Zahl von Kleinbetrieben, die oft noch relativ arbeitsintensive Technologien verwenden.

Viele Argumente sprechen also dafür, daß eine liberale Wirtschaftspolitik nicht nur kurzzeitige "Härten" mit sich bringen wird, sondern auch langfristig die Situation der Masse der venezolanischen Bevölkerung noch verschlechtern wird, also zu einer wirtschaftlichen und wohl auch politischen Polarisierung beitragen wird.



- Caracas -

### Die alte Politik ist nicht verteidigungswert

Die stärkste Oppositionspartei, die der Sozialistischen Internationalen nahestehende Acción Democrática (AD), fordert ebenso wie der von ihr kontrollierte venezolanische Gewerkschaftsdachverband CTV die Aufhebung der Maßnahmen der Regierung Herrera - also zurück zur alten Politik von Protektionismus und Subventionen. Verschiedene Artikel in den LN (vgl. vor allem Nr. 65) haben gezeigt, wie diese "alte Politik" mit dem Gegensatz zwischen Ölreichtum und Massenelend, der die venezolanische Gesellschaft prägt, eng verknüpft war.

Zwei Charakteristika der sozioökonomischen Struktur des Landes geben dem Staat eine starke Position:

- Die Einkünfte aus dem Ölsektor stellen fast ausschließlich Staatseinkünfte dar, wodurch das ökonomische Gewicht des Staates im Vergleich zu anderen kapitalistischen Entwicklungsländern erheblich vergrößert wird.
- Angesichts des sehr geringen Entwicklungsstandes der venezolanischen Wirtschaft zur Zeit der großen Expansion des Ölsektors (1920- 1955) war die industrielle Entwicklung des Landes in entscheidendem Maße von staatlicher Intervention abhängig; das galt einerseits für den notwendigen Schutz gegenüber externer Konkurrenz, andererseits für die Notwendigkeit der Kanalisierung staatlicher Gelder in den industriellen Akkumulationsprozeß.

Die "alte Politik" von AD war nun gerade nicht dadurch gekennzeichnet, daß diese starke Position des Staates ausgenutzt wurde zu einer gesellschaftlichen Kontrolle des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses, sondern dadurch, daß staatliche Politik als Instrument zur Förderung privatwirtschaftlicher Entwicklung

angesehen wurde. Das Resultat war die Entwicklung einiger weniger Monopolgruppen, die sich wirtschaftlich und politisch immer stärker mit dem Staatsapparat verschränkten. Entscheidende Bedingung wirtschaftlichen Erfolgs war nicht die Produktivitätsentwicklung der Unternehmen, sondern der politische Zugang zu den Ressourcen des Staatsapparates. Geringe Produktivität und ein hohes Maß an Korruption und Verschwendung waren die notwendigen Konsequenzen einer solchen Politik. In Verbindung mit den Öleinnahmen konnte dieses System dennoch eine gewisse politische Stabilität erzeugen, denn:

- Es garantierte den fabulösen Reichtum der Großbourgeoisie und ein recht hohes Einkommensniveau der akademischen Mittelschicht (überwiegend im Staatsapparat beschäftigt).
- Die Verbindung AD- Gewerkschaften garantierte einen Lebensstandard der Arbeiterklasse, der immerhin über dem der meisten anderen lateinamerikanischen Gesellschaften lag.
- Das System war flexibel genug, um auf soziale Konflikte mit beschwichtigenden Maßnahmen zu reagieren.

### Keine Strategie der Linken

Man sollte annehmen, daß die bis jetzt gekennzeichnete Situation - hohe Erwartungen der Massen, Alternativlosigkeit bürgerlicher Politik - zu einer erheblichen Stärkung der venezolanischen Linken führen würde. Wie wir verschiedentlich berichtet haben (vgl. LN 70, 72, 76), ist Acción Democrática durch die Aufdeckung spektakulärer Korruptionsfälle stark belastet, während COPEI infolge der Wirtschaftspolitik von Luis Herrera viel von ihrem anfänglichen Kredit verloren hat.

Die Kommunalwahlen vom 3.6.1979 hatten einer zum ersten Male vereint auftretenden Linken - bei noch ungebrochenem Vertrauen der Massen in Luis Herrera - 18,5% der Stimmen gebracht; die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate hätte die Linke noch weiter stärken müssen.

Zumindest oberflächlich betrachtet, ist jedoch genau das Gegenteil eingetreten: Von einer "Vereinigten Linken" ist keine Rede mehr, die Fraktionskämpfe im MAS (Movimiento al Socialismo, Bewegung zum Sozialismus) sind wieder neu entflammt; der MIR (Movimiento de la Izquierda Revolucionaria, Bewegung der revolutionären Linken), die zweitstärkste linke Partei, hat sich gespalten, neue Gruppen wie der PRV (Partido de la Revolución Venezolana) des früheren und im letzten Jahr amnestierten Guerillaführer Douglas Bravo und die Causa R - Gruppe finden neue Anhänger.

Tatsächlich ist die Zersplitterung der venezolanischen Linken nicht ganz so heillos, wie es zunächst den Anschein hat; es schälen sich vielmehr immer deutlicher zwei unterschiedliche Strategien ab:

- die Strategie der systemimmanenten Opposition: Vor allem innerhalb von MAS und MIR ist eine gewisse Tendenz nicht zu übersehen, die diese beiden Parteien (zumindest einen der MIRflügel mit eingeschlossen) zu einer reformistischen Alternative zu AD werden läßt; die soziale Basis unterscheidet sich nur insofern von AD, als die Bourgeoisie keine Rolle spielt - reformistische Arbeiterklasse und Intellektuelle bilden aber sowohl das Wählerpotential von AD als auch von MAS und MIR.



- "EINHEIT UND KLASSENKAMPF" : Die Einheit wird in der venezolanischen Linken zwar oft beschworen, aber ... -

- die Strategie der revolutionären Opposition, vertreten von Gruppen wie PRV und Causa R, die fast ausschließlich außerparlamentarisch arbeiten und beginnen, einen direkteren Zugang zur Basis in der Arbeiterklasse und in den Stadtrandslidlungen zu gewinnen. Eine alternative gesellschaftliche Vision zeichnet sich aber auch bei diesen Gruppen noch kaum ab.

#### Quellen:

Verschiedene Ausgaben der Latin America Weekly Reports und der Latin America Regional Reports/Andean Group

Le Monde, 5.2.1980 (Vénézuéla: une pétrodémocratie)

Blick durch die Wirtschaft, 14.11.1979

Statistiken des Banco Central de Venezuela.

Resumen, 6.3. - 1.5. 1977

## CHILE

### Gegen die Linke, gegen die Kirche

Die Verhaftungswelle, die in Chile dem 1. Mai vorangegangen war und ihren Einschüchterungszweck weitgehend erfüllte, ist keineswegs zu Ende. Jetzt handelt es sich allerdings nicht mehr um massive Razzien, sondern um gezielte Schläge gegen Untergrundzellen linker Parteien. Neu ist daran, daß gezielt die katholische Kirche mit den linken Parteien in Verbindung gebracht wird. Nach offiziellem Sprachgebrauch dort: Zusammenarbeit mit "Terroristen". Träger der Kampagne sind die offiziellen und offiziellen Medien.

Als erste fiel eine Gruppe des MAPU dem Geheimdienst zum Opfer. Elf Personen, Bauern und Lehrer, wurden verhaftet. Zu dem Standardvorwurf "Terroristen" kam hinzu: der holländische Pater Klomberg soll die Verhafteten ideologisch geschult haben. Hier bezieht sich der Angriff noch auf einen einzelnen Pater Klomberg, ein seit 20 Jahren in Chile lebender Holländer, sei auf der Flucht, so die durch die Medien verbreitete Version. Der angeblich Gesuchte verließ jedenfalls legal und unbehelligt das Land zu einer seit langem geplanten Reise.

Wenige Tage später wurden in Talca, ca 300 km südlich von Santiago, 15 Personen verhaftet, die überwiegend der Sozialistischen Partei angehören, dazu ein führendes Mitglied des MAPU sowie ein früherer Gewerkschaftsführer. Sie sollen die staatliche Sicherheit gefährdet haben. Sie werden fotografiert - die Waffe in der Hand (!!!), die Bilder werden an die Massenmedien verteilt. Besonderes Gewicht erhält bei dieser Kampagne die Tatsache, daß sieben der Verhafteten in sozialen Organisationen der katholischen Kirche tätig sind. (Daß nach einigen Tagen zumindest ein Teil der Verhafteten wieder freigelassen wird, spielt im Rahmen dieser Kampagne keine Rolle mehr.)

Diese Kampagne ist gezielt gerichtet gegen einige engagierte Bischöfe und ihnen unterstellte soziale Dienste, vor allem die Pastoral Obrera (ein Vikariat, das sich besonders Problemen der Arbeiter widmet) soll diffamiert werden. Von hier aus ist schwer einzuschätzen, wie eine solche Kampagne nach fast sieben Jahren Diktatur, also erst zensurierter, dann selbstzensurierter Information, von einem durchschnittlichen Chilenen verarbeitet wird - d.h., ob er der Manipulation erliegt oder der richtigen Schluß auf das soziale Engagement der Kirche zu ziehen vermag. Die Reaktion der Bischöfe läßt erkennen, daß das aber gar nicht das Hauptziel der Kampagne ist. Die beabsichtigte Wirkung ist vielmehr die Einschüchterung: der Schatten des behaupteten "Terrorismus" fällt auch auf die, die Kontakt zu jenen kirchlichen Stellen suchen.

Um es eindeutig zu sagen: keine der verfolgten Parteien in Chile verfolgt ein terroristisches Konzept; der Terror, der in Chile herrscht, ist staatlich.

Auszüge aus der Predigt von Monseñor Alvear, Hilfsbischof in Santiago, am

1. Mai in der Gemeinde "Jesus Arbeiter" (Jesús Obrero):

Wir feiern den Tag der Arbeit in einem für die Arbeiterklasse schwierigen Augenblick. Als Arbeiterklasse erfährt sie ihre mangelnde Einheit, und sie ist nicht an den großen Entscheidungen der Nation beteiligt. Sie erfährt die Schwäche ihrer Organisation und die schweren gesellschaftlichen Kosten, die ihr das herrschende Wirtschaftssystem auferlegt.

(Den Grund für die mangelnde Einheit der Arbeiterklasse sieht Alvear nicht an der Basis, sondern er erklärt ihn mit parteipolitischem Sektierertum, das die Interessen der Klasse denen der Partei unterordnet.)

Die Arbeiterklasse und die Welt der Armen insgesamt erfährt die Last gesellschaftlicher Kosten, Frucht eines Wirtschaftssystems, das den Arbeitern und Angestellten die angemessene Mitbestimmung verweigert und eine wirtschaftliche Entwicklung vorantreibt, die eine Minderheit bereichert und die große Mehrheit verarmen läßt.

Dieses Wirtschaftssystem oder - besser gesagt - seine Vertreter bleiben weitgehend von der massenhaften Verarmung unberührt - und zwar unter dem Vorwand eines künftigen Überflusses an Gütern. Mit erschreckender Kälte opfern sie eine ganze Generation auf dem Altar einer wahrscheinlichen Zukunft, die viele nicht mehr erleben werden.

Die Kirche erklärt dieses System - das schon viele Male vom Papst und den Bischöfen verworfen worden ist (so kürzlich in Puebla) - für ungerecht und ermutigt die Arbeiter, sich geduldig zu organisieren; Schritt für Schritt - unter Ausnutzung aller Mittel, die der dürftige Arbeitsplan erlaubt - , um eines Tages diese ungerechte Ungleichheit zu überwinden.

Diese Angriffe der Rechten auf die Kirche erklären sich als Reaktion auf ihre mehrfachen Mahnungen, endlich den Ausnahmezustand zu beenden, die Menschenrechte zu respektieren, wobei vor allem immer wieder auf die unerträgliche Lage der Arbeiter hingewiesen wird (vgl. Predigt-Auszug im Kasten). Nach Auffassung der Rechten alles unerträgliche und unzulässige Einmischungen in die Politik.

Der Vorbereitung weiterer Attacken gegen die Kirche sollten offenbar auch zwei Einbrüche in kirchliche Büros dienen, bei denen es offenbar nicht um Wertsachen ging, sondern wo gezielt Schreibtische und Archive durchwühlt wurden.

Und als besondere "Delikatesse": Das Grab der Eltern des Kardinals wurde beschädigt, und der oder die Täter schissen -im Wortsinn - darauf.

In einer öffentlichen Erklärung hat das Ständige Komitee der Bischofskonferenz die Vorwürfe zurückgewiesen und den systematischen Charakter der Kampagne herausgestellt. Sie drücken ihr Befremden darüber aus, daß unter den bestehenden Einschränkungen der Pressefreiheit die katholische Kirche so verleumdet werden könne. Im Klartext: auch wenn die Regierung nicht sichtbar beteiligt ist, so läuft die Kampagne doch mit ihrer Billigung. Die Informationsquelle ist natürlich der Geheimdienst CNI.

Die Erklärung der Bischöfe wurde übrigens auf einer Pressekonferenz abgegeben, die eine Stunde nach einem Mittagessen stattfand, zu dem Pinochet selbst sieben Bischöfe eingeladen hatte. (Zwei Bischöfe waren bei beiden Gelegenheiten anwesend) Keiner der Mittagsgäste wollte sich zum Inhalt der Tischgespräche äußern, die "respektvoll", "herzlich" etc. gewesen seien. Offenbar aber verliefen sie aber auch nicht so, daß die Bischöfe auf die Erklärung verzichtet hätten. Dari: drücken sie ihre Überzeugung aus, daß es "in Chile Personengibt, die daran interessiert sind, die Kirche zu diffamieren, besonders einige Bischöfe und Geistliche -ebenso wie das Ständige Komitee..."

"Man versucht uns so einzuschüchtern, damit wir davon ablassen, Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit zu verteidigen, zwei Werte, auf die wir nicht verzichten können: sie sind integraler Bestandteil des Evangeliums ... Es wäre für uns bequemer, nicht die Ängste der Armen zu sehen, die Klagen der Mißhandelten nicht zu hören -einschließlich der Gefolterten- und uns nicht um die Gerechtigkeit zu kümmern. Aber dann kämen wir unseren Aufgaben nicht nach".

### Untergrundzeitung ausgehoben

Im selben Zeitraum wie die oben gemeldeten Verhaftungen wurde in Santiago eine Gruppe von 4 Personen festgenommen, die eine Untergrundzeitung der Kommunistischen Partei hergestellt haben sollen.

Der Berufsverband der Journalisten hat gegen diese Verhaftung protestiert und verlangt eine Klärung eventueller Anschuldigungen vor ordentlichen Gerichten. Dies freilich zu einem Zeitpunkt, ehe bekannt wird, daß die verhafteten Kollegen Untergrundarbeit geleistet haben sollen. Ob und mit welcher Verve der Protest jetzt aufrecht erhalten wird, wissen wir nicht. In einem ähnlichen Fall im August 79 hatte der Vorstand des Lehrerverbandes jedenfalls nichts Eiligeres zu tun, als sich von dem verhafteten Kollegen zu distanzieren, den der Geheimdienst zu Tode folterte (vgl. LN 74 und 75).

Quellen: HOY, El Mercurio (Internationale Ausgabe).

**SPENDET FÜR DEN  
WIDERSTAND IN CHILE**



Pachk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108  
Kennwort: Hilfe für Chile

## BRASILILIEN

Spendenaufruf  
für die brasilianischen Metallarbeiter

In der Juni- Nummer der Lateinamerika-Nachrichten berichteten wir über den Metallarbeiterstreik in Brasilien. Nach Redaktionsschluss erhielten wir, mit der Bitte um Abdruck, den Brief des Arbeitskreises Brasilien der KSG Münster. Mit dem Abdruck wollen wir einen nochmaligen Spendenaufruf verbinden. Der lang andauernde Streik hat Zehntausende von Familien in den finanziellen Ruin gestürzt. Eine beträchtliche materielle Unterstützung ist eminent wichtig, denn nach dem brasilianischen Gewerkschaftssystem werden die Mitgliedsbeiträge an die Regierung gezahlt und von dieser den Gewerkschaften zugeteilt. Somit verfügen Gewerkschaften, deren Streiks von der Militärregierung nicht für legal erklärt werden- und das war bei diesem Streik der Fall- über keine Streikkasse, sondern sind von der Unterstützung der Bevölkerung abhängig. Die Unterstützung, die die Brasilianer und vor allem die Kirche den notleidenden streikenden Familien zukommen liess, war mit massiven Behinderungen verbunden. Lastwagen mit Lebensmitteln wurden beschlagnahmt, ihre Fahrer verhaftet. Dies ist alles um so bitterer, weil der Streik nach sechs langen Wochen ergebnislos abgebrochen werden musste.

Der Internationale Metallarbeiterbund, dessen Vorsitzender Eugen Loderer ist, hat in Protesttelegrammen an den Präsidenten Figueiredo und an den Arbeitsminister Murilo Macedo die Freilassung der verhafteten Metaller und die Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen gefordert. Gemeinsam mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) wurde bei der Internationalen Arbeitsorganisation eine offizielle Klage eingereicht wegen der Verletzung des Übereinkommens 98 der IAO durch Brasilien. Die Ausnutzung der offiziellen Interventionsmöglichkeiten sind wichtig, obwohl sie kaum praktische Folgen hat, denn die IAO-Übereinkommen sind gesetzlich nicht einklagbar. Den brasilianischen Kollegen hilft dieses nicht aus der finanziellen Notlage. Darum spendet unter dem

Kennwort: Brasiliensolidarität auf das PSchK des FDCL  
Berlin West 17 69 66 -104

Arbeitskreis Brasilien  
in der kath. Studentengemeinde (KSG)  
Frauenstrasse 3-7  
44 Münster

Münster, den 15.5.80

Sehr geehrter Herr Loderer,

wir sprechen Sie an als Vorsitzenden der IG Metall und des Internationalen Metallarbeiterbundes, aber auch als stellv. Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Volkswagen AG. Der grösste Massenstreik in der brasilianischen Geschichte ist beendet. Über sechs Wochen lang streikten im Industriegürtel um Sao Paulo 150 000 Metallarbeiter für 15 % mehr Reallohnzuwachs und bessere Arbeitsbedingungen. Den gerechten Forderungen der Kollegen wurde mit brutaler Polizeigewalt seitens der Regierung geantwortet. 34 Gewerkschafter wurden verhaftet, von denen heute noch 13 bei der berüchtigten politischen Polizei einsitzen. Diese Genossen befinden sich seit einigen Tagen im Hungerstreik, denn die Forderungen der Kollegen wurden ja bekanntlich nicht eingelöst. Da es den Arbeitern nicht länger möglich war, die Streikfront aufrecht zu erhalten, muss der Arbeitskampf nun mit anderen Mitteln fortgesetzt werden.

An diesem Arbeitskampf nicht unbeteiligt war und ist der Volkswagenkonzern, konzentrierte sich die Arbeitsniederlegung doch vorwiegend auf die Automobilbranche, und in diesem Industriesektor stellte VW do Brasil schon 1974 54,1 der Gesamtproduktion. (Brasilien-Nachrichten, "VW do Brasil-Entwicklungshilfe im besten Sinne?" Nov. 1978, S.59) Die Arbeitsbedinungen erreichen nach Angaben des brasilianischen Gewerkschaftsführers Jose Barbosa ein Niveau, dass er nicht zögerte, VW do Brasil als den gegenwärtig "repressivsten Grossbetrieb Brasiliens" zu bezeichnen. (Bras.-Nachr. April/Mai 79) Stellvertretend für andere inhumane Praktiken des Werks sei hier nur die miserable Entlohnung genannt, die 1976 durchschnittlich 2-3 Mindestlöhne betrug ( Mindestlohn= Tarifgruppe, 1 Mindestlohn ca. 175,--DM, Durchschnittsverdienst der angelernten Produktionsarbeiter also ca. 500,-- , Spitzenverdiener sind die Werkzeugmacher mit ca. 1200-1500,-- )<sup>1)</sup> Da das Preisniveau in Brasilien dem deutschen sehr ähnelt, und da sich die Situation seit 1976 nicht gross geändert hat, kann sich jeder leicht ausrechnen, dass Lohnkampf in Brasilien in erster Linie Existenzkampf ist. Der brasilianische Staat reagiert auf die legitimen Forderungen der Arbeiter mit brutaler Gewalt, und VW do Brasil hat es im Laufe der Jahre verstanden, von diesem faschistischen Unterdrückungsmechanismus geradezu beispiellos Gebrauch zu machen. So "kontrollierten" beim Streik des Vorjahres bewaffneter Werkschutz und Militärpolizei einträchtig nebeneinander die Tore des VW- Konzerns (Bras.-Nachr. April/Mai 79, S.25). Da Sie, Herr Loderer, Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender

1) Anmerkung der Redaktion

dieses Unternehmens sind, fordern wir Sie auf, endlich entsprechende Schritte zu unternehmen, dass sich das repressive Verhalten des Zweigwerkes in Brasilien ändert.

Ausländische Automobilfirmen, darunter VW, haben es im Laufe der Jahre fertiggebracht, die ehemals nationale brasilianische Autoindustrie zu ruinieren und dem Land vorzuschreiben, nach wessen Bedürfnissen es zu produzieren hat. Wenn brasilianische Arbeiter schon keine andere Wahl haben, als für ausländisches Kapital zu wirtschaften, so haben sie doch zumindestens das Recht auf entsprechende Entlohnung und menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Als Mitglied des Aufsichtsrates haben Sie die Möglichkeiten und auch die Verpflichtung, sich dafür einzusetzen.

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten als Vorsitzender des Internationalen Metallarbeiterbundes fordern wir Sie ebenfalls auf, ein stärkeres Zusammengehörigkeitsbewusstsein der arbeitenden Menschen hier mit ihren Kollegen der 3. Welt zu fördern. Letzten Endes ist es doch überall dasselbe System, welches Unterdrückung und Ausbeutung schafft. Hätten die Metallarbeiter in Brasilien eine stärkere Unterstützung aus dem Ausland erhalten, wären einige ihrer Forderungen heute vielleicht schon erreicht.

Mit freundlichem Gruß  
gez. Michael Ridder, AK Brasilien,  
Mitunterzeichner "Aktion Brennkreis Brasilien".

Ein inhaltlich ähnlicher Brief ist von Mitarbeitern des deutschen Entwicklungsdienstes am 13.5.80 an die IG-Metall gesandt worden.



## ARGENTINIEN

### Sitzung des ständigen Gerichtshofs der Völker über Argentinien

Genf, den 3. und 4. Mai 1980

Gemäß Artikel 9 der Statuten ernannte Mitglieder der Kammer:

François RIGAUD (Belgien), Louis JOINET (Frankreich), André JACQUES (Frankreich), Salvatore SENESE (Italien), Leo MATARASSO (Frankreich), Edmond Jouve (Frankreich), Eduardo GALEANO (Uruguay), Giulio GIRARDI (Italien), Ernesto Melo ANTUNES (Portugal), Madjid BENCHIKH (Algerien), Richard BAUMLIN (Schweiz), James PETRAS (USA).

DER STÄNDIGE GERICHTSHOF DER VÖLKER

Eingedenk der Charta der Vereinten Nationen,

Eingedenk der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte,

Eingedenk der Charta der Organisation Amerikanischer Staaten (1948),

Eingedenk der amerikanischen Konvention der Menschenrechte (22. November 1969 in San José de Costa Rica),

Eingedenk der allgemeinen Erklärung der Rechte der Völker,

Eingedenk der Statuten des Ständigen Gerichtshofs der Völker,

Eingedenk der Berichte von verschiedenen internationalen, zwischenstaatlichen, nicht-öffentlichen und privaten Organisationen über die Situation in Argentinien wie Amnesty International (1978 und 1979), die Internationale Juristenkommission (1979), die Vereinigung der New Yorker Rechtsanwälte (1979), des Berichts über den Zustand der Menschenrechte in Lateinamerika des Europarats (31.1.1980), des Berichts der Interamerikanischen Kommission der Menschenrechte der OAS (11.4.80)

und nach dem Anhören der Berichte von:

- Eduardo GALEANO, Schriftsteller (Uruguay) zur Einleitung der Debatten,
- André JACQUES, Direktor der CIMADE (Frankreich) über die den argentinischen Behörden zugeschriebenen Taten,
- Salvatore SENESE, Richter (Italien), über die interne argentinische Gesetzgebung,
- Louis JOINET, Richter (Frankreich), über die Verletzung der grundlegenden Rechte des argentinischen Volkes.

In Anbetracht der Tatsache, daß dem Ständigen Gerichtshof der Völker seit seiner Gründung am 24. Juni 1979 in Bologna (Italien) eine Beschwerde von mehreren argentinischen Organisationen über die verschiedenen Regierungen der Militärdiktatur in Argentinien vorliegt;

In Anbetracht der Tatsache, daß die Kläger von einer massiven und organisierten

Unterdrückung berichten, deren Ausmaß nach ihrer Ansicht nicht nur eine schwere Verletzung der argentinischen Verfassung und der Menschenrechte darstellt, sondern auch der grundlegenden Rechte der Völker, so wie sie vom internationalen Recht anerkannt und in der allgemeinen Erklärung der Rechte der Völker verkündet worden sind (Algier 1976);

In Anbetracht der Tatsache, daß das Gesuch von dem Gericht gemäß Artikel 4 und 12 der Statuten als zulässig erklärt worden ist, und daß diese Entscheidung sofort der argentinischen Regierung mitgeteilt worden ist, welche – gemäß Artikel 15 der Statuten – zur Teilnahme am Verfahren eingeladen wurde;

In Anbetracht der Tatsache, daß die argentinische Regierung diese Einladung durch einen Brief des Botschafters und ständigen Repräsentanten der Argentinischen Republik bei den internationalen Organisationen in Genf – datiert am 2. Mai, d.h. dem Eröffnungstag der Sitzung –, der beim Gericht am selben Tag eingegangen ist, abgelehnt hat;

### *Aus diesen Gründen verkündet der Gerichtshof der Völker*

1) Er stellt die von der argentinischen Militärjunta und ihren Stellvertretern ausgeübten Verletzungen der Menschenrechte fest, und zwar sowohl der grundlegenden Rechte der menschlichen Person als auch der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte des argentinischen Volkes.

2) Er unterstreicht das Ausmaß dieser Verletzungen, ihren systematischen und dauernden Charakter, der auf die Zerstörung aller wirklicher politischer und gewerkschaftlicher Opposition hinausläuft.

Er beschließt aufgrund des Charakters dieser Verletzungen – und besonders wegen der systematischen Ausübung der Folter mit der Beteiligung und unter der Kontrolle der militärischen Behörden und der Polizei, sowie wegen der großen Anzahl der verschwundenen Personen – daß die verantwortlichen Stellen ein schwere und im großen Maßstab angelegte Verletzung der grundlegenden internationalen Pflicht des Schutzes und der Erhaltung des menschlichen Lebens begangen haben.

4) Er beschließt, daß die systematische Ausübung der Folter durch die staatlichen Behörden und manchmal durch bewaffnete Banden, die im aktiven oder passiven Einvernehmen mit diesen Autoritäten handeln (im übrigen eine Vorgehensweise, die rationelle, aus der Machtstruktur erklärbare Ziele verfolgt), ein schweres Verbrechen ist, welches juristisch als ein Verbrechen gegen die Menschheit bezeichnet werden muß, und für dessen Verhütung das internationale Recht den Staaten spezifische Pflichten auferlegt.

4) Er beschließt, daß die systematische Entführung und das Verschwinden von politischen oder gewerkschaftlichen Oppositionellen und ihrer Familienangehörigen kriminelle Handlungen sind, die von den oben genannten Personen ausgeübt werden und dieselben Ziele verfolgen und denselben systematischen Charakter haben wie die Ausübung der Folter; sie müssen juristisch als Verbrechen gegen die Menschheit bezeichnet werden, für dessen Verhütung das internationale Recht den Staaten spezifische Pflichten auferlegt.

5) Er erinnert daran, daß aufgrund dieser Verpflichtungen die Staaten alle sich als notwendig erweisenden Maßnahmen ergreifen müssen um die Auslieferung der Verantwortlichen dieser Verbrechen – gemäß dem internationalen Recht – zu erreichen, sowie an die Unverjährbarkeit dieser Verbrechen und erinnert auch an die Nichtanwendbarkeit der Anordnung der Genfer Konvention über den Flüchtlingsstatus.

6) Er erklärt die natürlichen Personen und Gruppen, die diese internationalen Verbrechen begangen haben, für strafrechtlich verantwortlich.

Er erinnert daran, daß – gemäß der jetzt angenommenen internationalen Rechtsprechung – daß die offizielle Stellung der Verantwortlichen, sei es als Staatsoberhäupter oder als hohe Beamte, auf keinen Fall als entlastende Entschuldigung gelten kann. Außerdem kann die Tatsache, daß ein Untergebener gemäß den Weisungen seiner Regierung oder seiner Vorgesetzten gehandelt hat, diesen nicht von seiner Verantwortlichkeit befreien.

Er erklärt infolgedessen neben den Mitgliedern der Junta alle Befehlshaber und hohe Beamte, die die Verantwortung für zivile oder militärische Abteilungen tragen, welche an Folterungen oder Entführungen teilgenommen haben, als Täter oder Mitäter oder Komplizen dieser Verbrechen gegen die Menschheit im gleichen Ausmaß wie alle Ausführenden.

7) Er verurteilt das seit dem Putsch vom 24. März 1976 entstandene institutionelle Regime und erklärt es der Verletzung des grundlegenden Rechts des argentinischen Volks, des Rechts auf Selbstbestimmung, schuldig.

### *Ständiger Gerichtshof der Völker:*

Gründer: LELIO BASSO – Präsident: FRANÇOIS RIGAUX (Belgien)  
 Vizepräsidenten: RUTH FIRST (Südafrika), ARMANDO URIBE (Chile), MAKOTO ODA (Japan), GEORGE WALD (USA)  
 Generalsekretär: GIANNI TOGNONI (Italien)  
 Generalsekretariat: Via della Dogana Vecchia, 5 – 00186 Rom

Der vollständige Text des Urteils und der Tatsachenberichte kann bei CIMADE, 176 rue de Grenelle, 75007 Paris angefordert werden.

(Quelle: LE MONDE, 1. – 2. Juni 1980)

**SPENDET FÜR DEN  
WIDERSTAND  
IN ARGENTINIEN**

★ ★ ★ ★

**Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108  
Kennwort: Argentinien - Hilfe**

## IV. RUSSELL-TRIBUNAL ÜBER DIE RECHTE DER INDIANER NORD- UND LATEINAMERIKAS 24.-30. NOV. 1980 IN ROTTERDAM



"ALLE VÖLKER HABEN DAS RECHT AUF SELBSTBESTIMMUNG. KRAFT DIESES RECHTS ENTSCHEIDEN SIE FREI ÜBER IHREN POLITISCHEN STATUS UND VERFOLGEN IN FREIHEIT IHRE WIRTSCHAFTLICHE, SOZIALE UND KULTURELLE ENTWICKLUNG."

(Art. 1(1) des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen)

Das Tribunal will

- die Weltöffentlichkeit über die bedrohliche Situation der Indianer informieren;
- Solidarität und Unterstützung für ihren Überlebenskampf gewinnen;
- ihre konkreten Lebensbedingungen in politischer, ökonomischer und kultureller Hinsicht zu verbessern helfen;
- Aufmerksamkeit erreichen für andere Minderheiten in vergleichbaren Situationen.



Spenden für das Tribunal über die Gesellschaft für bedrohte Völker, Postscheck Hamburg, Nr. 7400 Stichwort "Russelltribunal"



## EL SALVADOR

### Ehemaliger Minister verhaftet

Am 27. Mai wurde in einem vornehmen Vorort von San Salvador einer der Führer der "Volksbefreiungskräfte" (FPL-Parabundo Marti) Salvador Samayoa zusammen mit der Lehrerin Leonora Pike verhaftet.

Samayoa war in der ersten Regierung nach dem Sturz Romeros Erziehungsminister gewesen. Als Ende letzten Jahres auf Grund des starken Druckes der Rechten es unmöglich wurde, auch nur minimale Reformen durchzusetzen und eine Zusammenarbeit mit der Bevölkerung herbeizuführen, traten innerhalb der ersten Januartage nacheinander, alle Kabinettsmitglieder zurück (bezeichnenderweise mit Ausnahme des Verteidigungsministers, der dazu keinerlei Veranlassung sah). Auf einer spektakulären Konferenz in der Nationalen Universität, die im Fernsehen übertragen wurde, erklärte Samayoa seine Mitgliedschaft in der politisch-militärischen Organisation FPL, da er auf Grund seiner Mitarbeit in der Regierung erfahren mußte, daß die Verhinderung einer Rechtsentwicklung mit friedlichen Mitteln nicht möglich sei.

Da Samayoa von der Armee verhaftet wurde, soll er vor ein Militärgericht gestellt werden, was mit Sicherheit seine Verurteilung zum Tode wegen "terroristischer Aktivitäten" bedeuten würde.

Wir wollen hiermit die Junta auffordern, Samayoa eine Verhandlung vor einem Zivilgericht zu zugestehen und sein Leben bis dahin zu garantieren. Wir fordern außerdem einen Beobachter der Internationalen Juristenkommission zur Verhandlung zuzulassen.

Gleichzeitig möchten wir darauf aufmerksam machen, daß die Internationale Juristenkommission, amnesty international und auch die Kirche ständig auf das Schicksal von Hunderten von verhafteten Salvadorianern hinweisen, die einfach nach der Festnahme "verschwinden", nie mehr oder tot wiederauftauchen.

Die Volksorganisationen verlangen, daß Samayoa die selbe Behandlung erfährt, wie der Ex-Major d'Abuissou, einer der Anführer des Rechtsputsches vom Anfang Mai, der wegen des Drucks großer Teile der Streitkräfte nach wenigen Tagen wieder freigelassen wurde.

Das weitere Verhalten der Junta wird Aufschluß darüber geben, wie weit sie sich mittlerweile von ihren reformistischen Zielen entfernt hat.

Die Volksorganisationen erwarten daher von uns in diesem Fall die moralische Unterstützung durch Solidaritätsschreiben an die Regierungsjunta, in denen für Salvador Samayoa eine faire Verhandlung vor einem Zivilgericht und die Garantie seines Lebens gefordert werden. Eine Flut von Protestbriefen wird die von Christdemokraten mitgetragene Junta sicher nicht unbeeindruckt lassen!

An

Coronel Gutiérrez  
Casa del Gobierno  
San Salvador  
El Salvador CA

## Informationsstelle El Salvador

### *Was wir sind und was wir wollen*

Das wichtigste Ziel der "Infostelle El Salvador" ist die breitest-mögliche moralische, materielle und finanzielle Unterstützung des Volkes von El Salvador hier in der Bundesrepublik und Westberlin zu erreichen. Dafür soll die deutsche Öffentlichkeit über die aktuellen Ereignisse informiert werden, da dies die Bedingung für eine effektive breite Hilfe ist. Um diese Aufgabe zu erfüllen, schlossen sich im November 1979 Salvadorianer und Deutsche zur "Informationsstelle El Salvador e.V." zusammen. Hierbei arbeiten wir eng mit den über 100 Lateinamerikakomitees, -initiativen und -gruppen zusammen, um gemeinsam das Bestreben der Mehrheit der Salvadorianer zu unterstützen, die heute eindeutiger als jemals zuvor ihre eigene Geschichte bestimmen wollen.

Als Koordinationsstelle der El Salvador Informations- und Solidaritätsarbeit für den bundesdeutschen und Westberliner Raum geben wir Flugblätter zur aktuellen Entwicklung, Broschüren und Informations- sowie Spendenplakate heraus. Wir erstellen Dia-Serien und Fotoausstellungen für den Verleih. Wir organisieren Rundreisen von Vertretern der revolutionären und demokratischen Volksorganisationen, der salvadorianischen Kirche, für Liedermacher und Kulturgruppen. Dabei wollen wir Einzelne und Gruppen aus dem politischen, dem gewerkschaftlichen, dem kirchlichen und dem privaten Bereich ansprechen. Wert legen wir darauf, daß die Unterstützung des Kampfes der Salvadorianer für Demokratie und Selbstbestimmung in ihrem Land nicht als Einbahnstraße betrachtet wird, sondern auch für uns einen Erfahrungs- und Lernprozess bedeuten soll!

Die "Infostelle El Salvador" arbeitet innerhalb eines Konzepts mit salvadorianischen Organisationen zusammen, die für ein neues El Salvador eintreten, wie die "Revolutionäre Koordination der Massen", die "Menschenrechtskommission von El Salvador" und die Erzdiözese von San Salvador. Geldspenden werden bei entsprechender Kennwortangabe an diese Organisationen und Institutionen weitergeleitet. Die "Infostelle El Salvador" arbeitet auch mit Solidaritätskomitees in neun europäischen Ländern, sowie in Mexico, Costa Rica und den USA zusammen.

In El Salvador selbst zeigen sich immer mehr die Umrise einer Niederlage der Oligarchie, ihrer Helfer und damit auch der US-Außenpolitik in dieser Region. Die Revolution wird von Tag zu Tag besser abgesichert. Auf der internationalen Ebene ist jedoch noch kein Gegengewicht zur Diffamierung der Volksbewegung durch die bürgerlichen Massenmedien entstanden, die weiter mit den überholten Begriffen "Links- gleich Rechtsextremismus" und "reformwillige Regierungsjunta" operieren.

Dieses Ungleichgewicht abbauen zu helfen ist das Ziel der Herausgabe einer Sondernummer der Lateinamerika-Nachrichten, die eine Analyse der revolutionären Bewegung enthält, wie auch Dokumente der Kirche, der Volksorganisationen, der Menschenrechtskommission, Beiträge fortschrittlicher Persönlichkeiten des Landes, sowie vier Interviews mit Vertretern der Volksorganisationen FAPU, BPR, LP-28 und UDN.

## LITERATURECKE

### Wahlen

Eine Kurzgeschichte von Ludwig Renn

Der Tag der Präsidentenwahlen kam heran. Verschiedentlich hatten mich Studenten gefragt, ob ich wählen würde. Ich hatte geantwortet, daß ich Ausländer wäre. Das hatten sie mit staunenden Blicken angehört, die wieder ich nicht begriff. Am Wahltag ging es sehr ruhig zu. Ich sah einmal hinüber zu einem der Wahllokale, konnte aber nichts sehen als eine riesige Menschenmenge, die stumm und bewegungslos dastand und, wie es schien, etwas beobachtete, was mir nicht klar wurde.

Auf dem Hauptplatz redete ich einen Studenten an und bat ihn, mir zu erklären, was da eigentlich vorginge. Er sagte, daß man, um Kämpfe zu vermeiden, die Urne für den Demokraten Avila Camacho von der für den Faschisten Almazán getrennt und in eine andere Straße gebracht hätte.

"Was soll das bedeuten? Wie ist denn eine geheime Wahl möglich, wenn man an der einen Stelle für Avila Camacho, an der anderen nur für Almazán wählen kann?"

Der Student war so ahnungslos wie alle, die ich später fragte. Am folgenden Tage las ich in der Zeitung, daß es in der Stadt Mexiko Tote gegeben hätte. Die Faschisten hatten die Straße beherrscht und mit Schießereien die Bevölkerung terrorisiert. In den Zeitungen sah ich auch Bilder, auf denen halbe Kinder als Wähler für Almazán anstanden. Wie aber konnten so junge Menschen wählen? Meiner Kenntnis nach war das Wahlalter nicht so niedrig.

Wieder fragte ich. Aber niemand schien je eine Wahl in Europa oder in den Vereinigten Staaten gesehen zu haben. Sie alle hatten keine Möglichkeit eines Vergleichs.

Nun kam in diesen Tagen ein deutscher Reisender durch Morelia. Er kannte das Land wie wenige und war auch politisch interessiert. Er endlich erklärte mir die Sache. "Wie soll denn", sagte er, "in Mexiko eine richtige Wahl möglich sein, wenn es keine Wahllisten gibt?"

"Das erfinden Sie!" rief ich ungläubig.

"Aber nein! Haben Sie denn schon einmal registriert? Es gibt ja keinerlei Registrierungen. Wie sollen da Wahllisten entstehen?"

"Da kann also wählen, wem es gerade einfällt? Da hätte ich wohl auch wählen können?"

"Natürlich."

"Ach, nun verstehe ich auch, wie die jungen Burschen wählen konnten. Aber sagen Sie, wie verhindert man denn, daß einer nicht doppelt oder dreimal wählt?"

"Das kann man gar nicht verhindern, und die jungen Leute haben das ja auch gemacht. Sie waren von Almazán und seinen faschistischen Hintermännern bezahlt und stellten sich zur Wahl an. Wenn dann einer gewählt hatte, stellte er sich hinten wieder an. Bis zu sechsmal sollen diese Burschen gewählt haben."

"Wie ist aber dann eine Nachprüfung der Wahl möglich, die doch von den Faschisten gefordert wird?"

"Ach, das ist ja nichts als Demagogie", wenn man das überhaupt eine Wahl nennt, so kann niemand sie nachprüfen."

"Sagen Sie mir noch eins. Weshalb stehen die Urnen getrennt? Da ist doch eine geheime Wahl unmöglich."

"Die ist auch unmöglich. Wie wollen Sie denn bei einem Volke, das zum größten Teil nicht lesen kann, eine geheime Wahl durchführen? - Es ist aber in Wirklichkeit noch viel schlimmer. Das Wahlgesetz lautet so, daß die Partei, die zuerst kommt, die Urne besitzt. Das heißt, sämtliche Zettel, die in sie geworfen sind, gehören ihrem Kandidaten. Dieses Gesetz hat zur Folge, daß die Massen der Parteien mobilisiert werden und sehr früh morgens, wenn die Urnen gerade aufgestellt werden, die Urne in Besitz nehmen. Sie stellen sich im engen Kreise darum, um den Raub zu verhindern."

"Wieso Raub?"

"Früher ist es oft vorgekommen, daß eine Partei einer anderen die Urne geraubt hat. Sie ist mit bewaffneten Leuten angekommen, und nun gehörten ihr alle Stimmen, die schon für den Gegenkandidaten abgegeben worden waren. Da dieses Gesetz zu Mord und Totschlag führen muß, hat man es das Terrorgesetz genannt."

"Aber wie ist eine solche Gesetzgebung verständlich?"

"Ich habe mir auch darüber den Kopf zerbrochen, und niemand konnte es mir erklären. Meine Vermutung ist die: alle Diktatoren, wie Santa Ana und Don Porfirio Diaz, brauchten ein demokratisches Mäntelchen. Da haben sie das allgemeine Wahlrecht nicht angetastet. Aber um zu verhindern, daß die Massen wirklich wählten, hat man ein Gesetz geschaffen, das den Grundherren und ihrem Anhang ermöglichte, jede Wahl für sich zu verändern, wenn sie nicht durch den Terror ihrer Banden die Bauern von vorneherein von der Wahl abhalten konnten."

"Das ist wahrscheinlich rochtig. Aber wie kommt es, daß ein solches Gesetz nach der Revolution von 1910 noch immer besteht?"

"Diese Revolution in allen Ehren. Sie hat wirklich vieles verbessert. Aber es ist eben noch nicht einmal die bürgerliche Revolution vollkommen durchgeführt worden."

Nach den Wahlen entstand der merkwürdige Zustand, daß die Wahlpropaganda von Seiten der Faschisten erst richtig begann. Almazán verlangte in der ganzen reaktionären Presse der Hauptstadt die Präsidentschaft für sich, obwohl sein Gegner, der General Manuel Avila Camacho, mehr als doppelt soviel Stimmen erhalten hatte.

Täglich fuhr durch Morelia ein Auto mit einem Lautsprecher auf dem Verdeck, machte erst eine laute Musik und schrie dann irgendwelche faschistischen Losungen hinaus. Dadurch erfuhr ich auch eines Tages, daß die Faschisten, die sich Sinarquistas, Synarchisten, nannten, diesen Abend auf dem Hauptplatz eine Demonstration machen wollten. Aber ich vergaß das, bis ich zur Vorlesung in die Universität ging. Auf dem Hauptplatz fand ich eine nicht sehr große Menge in breiten Strohhüten um den Musikpavillon versammelt, aus dem ein Redner brüllte.

Das war nicht sehr eindrucksvoll. Als ich aber vorbeigegangen war, stand auf der anderen Seite des Platzes, wo die beiden modernen Hotels für Amerikaner stehen, eine Militärabsperzung. Jenseits der Soldatenkette lag die breite Asphaltstraße voll zerbrochener Ziegel und Steine, und dort war kein Mensch zu sehen.

Merkwürdig! Ich hatte solche Straßen bisher nur dort gesehen, wo auf Leben und Tod gekämpft wurde. Aber hier wurde in fünfzig Schritt Entfernung eine Rede gehalten. Einige Amerikanerinnen kauften sogar nur zehn Schritt von der Absperzung Andenken an Morelia.

Plötzlich schrie es von irgendwo im Sprechchor. Ich verstand die Worte nicht, aber sah, wie sich eine Schar Faschisten aus der Versammlung loslöste und augenscheinlich die Absperzungskette durchbrechen wollte. Sie sah reichlich wütend aus. Aber ein winzig kleiner, runder Hauptmann von rein indianischem Aussehen stellte sich lächelnd vor sie und beruhigte sie in einem netten, frischen Ton.

Ich wollte nun zur Universität, die nur wenige Schritte die leere Straße entlang gerade dort lag, wo, wie es schien, die ärgste Stein-schlacht getobt hatte.

"Kann man durch?" fragte ich einen Soldaten.

"Bitte", sagte er und trat höflich zur Seite. Kaum war ich auf der leeren Straße, als aus einem Torweg ein junger Mensch mit blutigem Hemd auf mich losstürzte. Er nahm mich besorgt am Arm und sagte: "Schnell, schnell!"

Ich konnte keinerlei Gefahr entdecken und fragte: "Was ist geschehen? Sie bluten ja."

Er lächelte, sichtlich beglückt: "Ach nichts! Wir haben nur ein bißchen mit Steinen geschmissen."

"Haben denn die Faschisten die Universität angegriffen?"

"Sie wollten, aber -"

Wir waren am Tor der Universität. Man zog mich hinein. Alle Studenten waren sehr vergnügt, und verschiedene trugen Verbände.

"Mir scheint", sagte ich, "man kann heute keine Vorlesung halten?"

"Sie sind der einzige Professor, der gekommen ist", erwiderte einer, der einen durchbluteten Verband um den Kopf trug, was sein Selbstbewußtsein sichtlich hob. "Kommen Sie mit hinauf?"

Ich verstand nicht, was er mit hinauf meinte, aber folgte ihm.

Eine ganze Gruppe begleitete uns. Wir rannten mehr, als wir gingen, zu einer der Treppen. Einige hatten sich die Hosenbeine hochgekrempt. Die sonst so unvermeidlichen speckigen Schlipse waren abgebunden oder hingen irgendwie um den geöffneten Hemdkragen.

Ich rannte mit ihnen die Treppe hinauf, einen Gang entlang und eine neue Treppe hinauf. So fand ich mich plötzlich auf dem flachen Dach. Da bewegte sich eine beträchtliche Menschenmenge. Auch drüben das Dach der Industrieschule war besetzt, und ebenso das Dach auf der anderen Straßenseite, wo viele Studenten wohnten. Die Masse der Studenten war an der Straßenseite versammelt. Alle waren aufgeregt und schrien. Manche blickten hinunter, Ziegel in der Hand.

Der baumlange Indianer kam mir mit blitzenden Augen entgegen und streckte mir die Hand entgegen: "Wie gefällt es Ihnen?"

Er hatte die Hosen hochgestreift und das Hemd aus den Hosen gezogen, das nun bei seinen raschen Bewegungen um ihn flatterte. Er war augenscheinlich einer der Anführer hier.

"Die Faschisten sollen verrecken!" schrie eine Gruppe im Sprechchor nach dem Platz hinüber.

Dann sammelten sich einige um einen Sänger und schrien mit ihm die Internationale hinaus, viel zu schnell und sehr falsch, aber mit ungeheurer Begeisterung.

Ich ging durch die Gruppen, überall begrüßt und sofort umringt.

"Werden Sie auch Steine schmeißen?" fragten sie.

"Wenn es nötig ist, ja. Aber vorläufig überlasse ich das Ihnen."

Es war mir interessant zu sehen, wer sich hier auf dem Dache befand und wer wirklich bei der Sache zu sein schien. Einige, die ich eher für etwas verwöhnte Bürgersöhnchen gehalten hatte, waren unter den Aktivisten. Was mich aber noch mehr in Erstaunen versetzte, war, daß fast alle, die ich überhaupt kannte, hier versammelt waren und doch eine recht klare revolutionäre Stimmung herrschte.

Nebenan in dem eleganten Hotel Alameda waren die amerikanischen Gäste und auch die Kellner auf dem Dachgarten zusammengekommen und blickten sich beunruhigt die beiden Heerlager an, die Faschisten unten auf dem Platz und uns hier oben.

Jetzt ging unten auf der leeren Straße ein Mann vorbei. Einige Studenten riefen von oben hinunter: "Es lebe Avila Camacho!"

Dann kam eine alte Frau. Sie kam ganz ruhig und blickte unter ihrem dunklen Kopftuch geradeaus. Vielleicht durch das Singen auf unserem Dache aufmerksam gemacht, sah sie plötzlich empor, erschrak und wich zurück.

Die Studenten fingen an zu klatschen, um ihr zu zeigen, daß man ihr nichts tun wollte. Aber sie fürchte sich nur noch mehr. Eilig sammelte er seine Freunde, sprach hastig auf sie ein und dann schrien die Burschen im Sprechchor hinunter: "Es leben die Frauen Mexikos!"

Sie schien zu lächeln und ging beruhigt weiter.

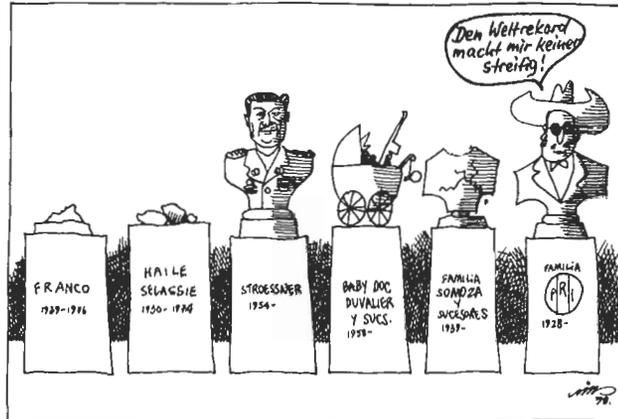
Unterdessen kam die Dämmerung. Die Faschisten auf dem Platz gingen auseinander.

Wir stiegen hinunter vom Dach. Dabei traf ich wieder den langen Indianer. Die Zipfel seines aus den Hosen gezogenen Hemdes flatterten im nach.

"Mir scheint", sagte ich, "ihr habt noch keine Organisation für solche Fälle wie heute?"

Wenige Tage später traf ich ihn im vorderen Hof der Universität, wie er mit Kreide auf die Anschlagtafel eine Aufforderung zur Gründung einer Studentenmiliz schrieb.

(aus dem Essayband "MORELIA"  
erschienen im Aufbauverlag  
Berlin 1950)



## Wiese...

Die Lateinamerika-Nachrichten entstehen nicht nur durch hochdurchgeistigte Arbeit von weisen Artikelschreibern, nein, es gehört auch 'ne Menge praktisches und technisches Drumherum dazu.

Das muß natürlich auch von Nicht-Fachkräften bewältigt werden. Oft erhalten wir empörte Briefe von Abonnenten, die sich über das Chaos aufregen, das (angeblich?) bei uns herrscht.

Wir erhielten z. B. hunderte zaghaft anfragende bis empörte Reaktionen auf die Zahlkarte, die wir in die Aprilnummer für die "Noch-nicht-Bezahler" gelegt hatten.

Viele Leser haben es auch bis heute noch nicht verschmerzt, daß sie um ihre Februarnummer betrogen wurden. Es ist keine Februarnummer erschienen! Die Lateinamerika-Nachrichten erscheinen mindestens 11 Mal im Jahr und sind durchlaufend nummeriert. Es fehlt also keine einzige Nummer, auch wenn im Februar keine erschienen ist.

Klar, es kommt vor, daß bei uns was verschütt geht oder verschlampt wird.



Oft ist es aber auch so, daß wir Anfragen, Neu-Bestellungen, Bezahungen etc. nicht bearbeiten können, weil wir keinen, oder nur einen unleserlichen oder einen falschen Absender zur Verfügung haben. Oder nur die Postscheck-Kontonummer des Abo-Bezahlers, mit der wohl die Post, nicht aber wir etwas anfangen können. Das korrekte Ausfüllen von Formularen ist doch wichtiger, als man sich landläufig so vorstellt.

Eine häufige Quelle des Unmuts sowohl für uns als auch für die Abonnenten ist es auch, wenn das Wechseln des Wohnorts nicht rechtzeitig bekanntgegeben wird. Der Abonnent erhält seine LN nicht, die ihm doch das monatliche Brot ist, wir bekommen die Rücksendungen, wissen nichts damit anzufangen, zittern schon dem erbosten Brief entgegen.

Ob Suchmeldungen auf der "Wiese", die wir jetzt eigens dafür einrichten wollen, ein Mittel sind?

Sie beheben bestenfalls die Auswirkungen; existiert aber an uns, die Ursachen zu bekämpfen.

In diesem Sinne: Auf gute Zusammenarbeit!

## ... Wiese

Suchanzeigen:

Folgende Postscheckkontoinhaber überwiesen 35,- DM, ohne ihren Absender anzugeben. Bitte meldet Euch!

137521-468 am 23.5.  
102 102 -201 am 28.5.  
174050-706 am 30.5.  
26267+700 am 4.6.  
162290-753 am 22.5.

Ruth Brenne-Nabbefeld  
in der Martinstr.50/1  
machte am 22. 5. eine Bestellung und vergaß mitzuteilen, in welcher Stadt sie wohnt. Wer kennt sie?

Wer schrieb uns am 23.5., er habe am 7.12.79 130,-Dm überwiesen? Es fehlt der Absender, und der Name ist leider unlesbar!



# El Salvador

Ein Land im Kampf um seine Befreiung

ANALYSEN — DOKUMENTATION — INTERVIEWS



## LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Sondernummer in Zusammenarbeit mit der Informationsstelle El Salvador e.V.

BERLIN

MAI 1980

Solidaritätspreis DM 6,-

# LATEINAMERIKA TAGE '80

## MURIELTA Theatermanufaktur



(Foto: Frank Roland- Beenen)

### AUFFÜHRUNGEN :

Ort: Quartier Latin, Potsdamerstr. 96

Tage: 22. - 26., 28., 29. Juni 1980

Zeit: 20 Uhr

### SONDERTERMINE FÜR SCHULKLASSEN:

25. und 26. Juni, 10 Uhr 30

Die Aufführungen für Schulklassen sind nur dann möglich, wenn genügend Klassen teilnehmen.

Anmeldung im FDCL (Tel: 313 50 65) Montag - Freitag zwischen 9 und 16 Uhr

Vorverkauf: In der Werbepalette, Detmolder Str. 65, Tel. 854 20 48; im Plattenladen Canzone, Savignyplatz 5, Tel. 312 40 27; im Quartier Latin, Potsdamer Str. 96

# LATEINAMERIKA TAGE '80



**SOLIDARITÄTS-  
KONZERT**  
IN DER EISSPORTHALLE  
**FREITAG, 27. JUNI**  
**19.00 UHR**

**MIT**  
**WALTER MOSSMANN**  
**BETTINA WEGNER**  
**LOS OLIMAREÑOS**  
**ISABEL UND ANGEL PARRA**

EINLASS IN DER EISSPORTHALLE AB 18.00 UHR

VORVERKAUF: In allen bekannten Vorverkaufsstellen sowie im FDCL, Savignyplatz 5, Tel. 313 50 65; in der Galerie 70, Schillerstr. 70; in der Geschäftsstelle der GEW, Ahornstr. 5; in der Werbepalette, Detmolder Str. 65, Tel. 854 20 48; und im Plattenladen Canzone, Savignyplatz 5, Tel. 312 40 27

veranstalter: FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12, Telefon: 313 50 65